



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Türkei – Juli bis Dezember 2024

31. Dezember 2024

01. Juli 2024

Misshandlungsvorwürfe gegen Istanbuler Polizei

Medienberichten zufolge habe am 27.06.24 eine Gruppe von zehn Polizeibeamten in Zivil einen Anwalt und eine Anwältin in der Abteilung für organisierte Kriminalität der Istanbuler Hauptpolizeibehörde misshandelt, als diese ihren Mandanten rechtlichen Beistand leisten wollten, welche zuvor selbst Gewalterfahrungen auf der Wache erlebt haben sollen.

Der Anwalt und die Anwältin erlitten Verletzungen und erstatteten am Istanbuler Çağlayan-Gericht Anzeige gegen die Beamten. Neben der Klage wegen Körperverletzung reichte der Anwalt auch eine Klage wegen Diebstahls ein, da seiner Kollegin Geld aus ihrer Brieftasche gestohlen worden war. Der Anwalt und die Anwältin hätten gemäß ihrer Aussage keinen Zugang zu ihren beiden Mandanten erhalten. Ein Mandant sei mittlerweile freigelassen worden, das Schicksal des anderen Mandanten sei unbekannt.

Menschenrechtsgruppen werfen der türkischen Justiz regelmäßig vor, dass sie Strafverfolgungsbeamten, die der Beteiligung an Vorfällen von unverhältnismäßiger Gewaltanwendung, Fehlverhalten, Misshandlung und Folter beschuldigt werden, trotz manchmal umfangreicher Beweise, Straffreiheit gewährt.¹

Haftbefehl für YouTuber

Nachdem am 14.06.24 zwei Personen auf dem Videoportal YouTube über die Scharia als Rechtsordnung diskutiert hatten, wurde am 16.06.24 gegen Diamond Tema, einen türkischen YouTuber mit albanischen Wurzeln, von der Generalstaatsanwaltschaft Istanbul ein Haftbefehl erlassen. Laut Präsidialamt und dem Justizminister Yılmaz Tunç werde gegen Tema wegen Volksverhetzung und der Beleidigung religiöser Werte ermittelt. So habe Tema mit seinen Äußerungen über den Propheten Mohammed die religiösen Gefühle der Bevölkerung verletzt.

Tema, der sich als Agnostiker bezeichnet, diskutierte am 14.06.24 mit dem national-konservativen Influencer Asrin Tok. Tok habe in der Diskussion erklärt, dass er die Scharia für ein besseres System als die Demokratie halte. Es wurde in dem Gespräch auch die Ehe des Propheten Mohammeds mit seiner Frau Aischa thematisiert. Laut einigen islamischen Quellen soll Aischa bei der Verlobung mit Mohammed sechs und beim Vollzug der Ehe neun Jahre alt gewesen sein. Die Behandlung des Themas hat gemäß Medienberichten Morddrohungen gegen Tema und seine Familie ausgelöst. Daraufhin lud Tema weitere Videos auf YouTube hoch um zu erklären, dass er keine Straftat begangen, keine Beleidigungen verwendet und lediglich Hadithe aus anerkannten Hadith-Sammlungen zitiert habe.

Derzeit hält sich Tema in Albanien auf und wolle erst in die Türkei zurückkehren, wenn sich die Lage beruhigt habe.²

08. Juli 2024

Verbot von Pride-Parade in Istanbul

Medienberichten zufolge nahmen am 30.06.24 trotz Verbots mehrere hundert Menschen in Istanbul an einem LGBTIQ-Pride-Marsch teil. Der Gouverneur von Istanbul hatte am 30.06.24 verboten, eine Pride-Parade abzuhalten und dies damit begründet, dass „illegale Gruppen“ ohne Genehmigung einen Protestmarsch würden abhalten wollen. Das Büro des Gouverneurs hatte daraufhin erklärt, dass das Gebiet um den Taksim-Platz und einige U-Bahn-Stationen am 30.06.24 gesperrt worden seien. Laut Presseberichten wurde der Demonstrationzug nach zehn Minuten von der Polizei aufgelöst; 15 Teilnehmende wurden vorübergehend festgenommen und am gleichen Abend wieder freigelassen.

Laut einer von ILGA, dem weltweiten Dachverband der Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen-, Trans- und Intersexorganisationen, veröffentlichten Regenbogen-Europakarte für das Jahr 2023 belegt die Türkei Platz 48 unter 49 Ländern, was die Menschenrechte von LGBTIQ-Personen betrifft.³

Antisyrische Ausschreitungen in der Türkei

In der türkischen Stadt Kayseri kam es am 30.06.24 zu Ausschreitungen, bei denen Geschäfte, Häuser und Autos von syrischen Personen niedergebrannt wurden. Außerdem seien laut Presseberichten während der Ausschreitungen ausländerfeindliche Parolen gerufen worden. Am 01.07.24 sei es auch in weiteren Städten und Provinzen zu Übergriffen auf syrische Geschäfte gekommen, so etwa in Hatay, Gaziantep und Bursa. Die Unruhen fanden statt, nachdem im Internet ein Video aufgetaucht war, das angeblich einen syrischen Mann zeigt, der ein siebenjähriges syrisches Mädchen in einer Stadtgemeinde Kayseris, Melikgazi, sexuell missbraucht haben soll. Die Behörden teilten mit, dass der mutmaßliche Täter verhaftet und das Mädchen unter staatlichen Schutz gestellt worden seien.

Innenminister Ali Yerlikaya erklärte, dass die Personen, die sich in Kayseri versammelt und für die Unruhen gesorgt hatten, illegal und in einer Weise gehandelt hätten, die nicht zu „unseren menschlichen Werten“ passen würden. Auch Staatspräsident Erdoğan verurteilte die Gewalt und Xenophobie. Darüber hinaus äußerte die Generalstaatsanwaltschaft von Kayseri, dass zu dem Vorfall und zu den Nutzenden sozialer Medien, die während des Vorfalls provokative Beiträge geteilt hätten, Ermittlungen im Gange seien.

Am 05.07.24 verkündete Yerlikaya in diesem Zusammenhang, dass in Kayseri 855 Personen und in der gesamten Türkei 1.065 Personen in Gewahrsam genommen worden seien. Insgesamt seien 41 Personen verhaftet und 187 unter gerichtliche Kontrollmaßnahmen gestellt worden. Von den Festgenommenen seien 468 wegen 50 verschiedener Delikte, darunter Diebstahl, Plünderung, sexueller Missbrauch und Schmuggel, vorbestraft.

Gemäß Presseberichten sei am 02.07.24 ein 17-jähriger Syrer in Antalya von drei Personen durch Messerstiche getötet worden. Die mutmaßlichen Täter seien laut Polizei minderjährig und vorbestraft und es werde ermittelt, ob ein rassistisches Motiv vorgelegen habe. Des Weiteren seien Medienangaben zufolge in der Nacht auf den 05.07.24 sämtliche persönliche Daten syrischer Geflüchteter in der Türkei, wie Namen, Adressen, Passdaten und Telefonnummern, auf einer weitverbreiteten Messaging-App geleakt worden. Das Innenministerium bestätigte am 05.07.24 das Datenleck und die Weitergabe der personenbezogenen Daten von mehr als 3,3 Mio. syrischen Geflüchteten. Laut Generaldirektion für Migrationsmanagement stelle die Weitergabe einen schwerwiegenden Verstoß gegen die Privatsphäre und Sicherheit dar und es werde dagegen vorgegangen. Eine 14-jährige Person sei im Zusammenhang mit diesem Vorfall festgenommen worden. Über ihren Social-Media-Account habe die Person eine Weitergabe der Informationen an Interessentinnen und Interessenten angeboten.⁴

15. Juli 2024

Sendelizenz für Açık Radyo entzogen

Der oberste Rundfunk- und Fernsehrat (RTÜK) hatte Medienberichten zufolge am 03.07.24 dem unabhängigen Radiosender Açık Radyo (Offenes Radio) die Sendelizenz entzogen, weil dieser in einem seiner Ausstrahlungen auf den Völkermord an den Armenierinnen und Armeniern verwiesen und sich infolgedessen nicht an ein fünftägiges Sendeverbot gehalten habe.

Açık Radyo sendet aus Istanbul und war bereits am 22.05.24 wegen der Äußerung eines Gastredners bezüglich des Völkermords in einer Sendung am 24.04.24, dem armenischen Tag des Gedenkens an den Völkermord, mit RTÜK-

Sanktionen belegt worden; darunter das fünftägige Sendeverbot und eine Geldstrafe in Höhe von 189.000 TL (rd. 5.255 EUR; Stand: 15.07.24). Der Gast, ein Politikwissenschaftler, erklärte in der Sendung, dass das Gedenken an den Völkermord an den Armenierinnen und Armeniern in der Türkei verboten werde. Die türkische Regierung bestreite eine vorsätzliche Politik des Völkermords und weist in Erklärungen darauf hin, dass der Terminus zu jener Zeit rechtlich nicht definiert gewesen sei. RTÜK erklärte bei der Bekanntgabe, der Gastredner habe während des Gesprächs offen den Begriff „Völkermord“ verwendet und der Moderator der Sendung hätte es versäumt, ihn im Einklang mit den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Berichterstattung korrigiert zu haben. Infolgedessen befand RTÜK, dass der Austausch das Potenzial gehabt habe, Hass und Feindschaft unter der Bevölkerung zu schüren.

Der Sender hatte daraufhin erklärt, er habe rechtliche Schritte bei einem Verwaltungsgericht eingeleitet, um die Sanktionen von RTÜK anzufechten. Auch die NGO Reporter ohne Grenzen (RSF) kritisierte die Entscheidung des Rundfunkrates und forderte diesen auf, den Medienpluralismus zu wahren. Ebenso haben laut Medienberichten weitere internationale NGOs, die sich für die Pressefreiheit einsetzen, etwa das Internationale Presseinstitut (IPI), PEN International und Freedom House, die Entscheidung des RTÜK verurteilt. Am 10.07.24 teilte Açık Radyo auf seiner Webseite mit, dass ein Verwaltungsgericht in Istanbul die Entscheidung des RTÜK über den Entzug der Sendelizenz ausgesetzt habe. Das Verfahren gegen den Sender laufe jedoch weiter und der RTÜK könne die Aufhebung dieser Entscheidung beantragen.⁵

Hafturteile für Medienschaffende

Einer Meldung der türkischen Tageszeitung Birgün vom 08.07.24 zufolge seien in den ersten sechs Monaten des Jahres 2024 insgesamt 515 Medienschaffende strafrechtlich verfolgt worden. 36 von ihnen seien zu Haftstrafen oder Geldstrafen verurteilt worden. Außerdem seien 32 Nachrichten-Webseiten abgeschaltet und der Zugang zu 3.747 Nachrichtenberichten gesperrt worden. Derzeit würden sich gemäß Birgün 41 Medienschaffende in Gefängnissen befinden.

Unter den Inhaftierten befinden sich auch acht kurdische Journalistinnen und Journalisten, die am 03.07.24 zu sechs Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden waren, da sie dem vierten Hohen Strafgericht in Ankara zufolge Verbindungen zur PKK haben sollen und somit wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt worden waren. Außerdem wurde am 10.07.24 der in Deutschland lebende türkisch-armenische Journalist Hayko Bağdat in Abwesenheit zu einer 14-monatigen Bewährungsstrafe wegen Beleidigung des Staatspräsidenten Erdoğan verurteilt. Die Türkei rangiert im Weltpressefreiheitsindex von RSF, der jährlich am 3. Mai anlässlich des Welttags der Pressefreiheit veröffentlicht wird, auf Platz 158 unter 180 Ländern (vgl. BN v. 06.05.24).⁶

22. Juli 2024

Kassationsgerichtshof bestätigt Haftstrafen für mutmaßliche Anführer des Putschversuchs 2016

Medienberichten vom 17.07. und 18.07.24 zufolge hatte das Kassationsgericht am 17.05.24 die Berufungsprüfung bezüglich der verurteilten Generale und Admirale im Zusammenhang mit dem Putschversuch vom 15.07.16 abgeschlossen. Die Urteile des 17. Hohen Strafgerichts in Ankara vom 20.06.19 in Höhe von 138-facher verschärfter lebenslanger Haft für 17 Angeklagte, darunter den ehemaligen Kommandeur der Luftstreitkräfte, Akın Öztürk, die als Haupttäter und Anführer des Putschversuches vor Gericht standen, wurden in einer 757 Seiten umfassenden Urteilsbegründung bestätigt. Außerdem wurde seitens des Kassationsgerichts beschlossen, die Verurteilungen der Angeklagten zu jeweils 416 Jahren Haft aufgrund von 26 Fällen der versuchten vorsätzlichen Tötung zu billigen.

Laut Justizminister Yılmaz Tunç wurde im Zuge des Putschversuchs seit dem Jahr 2016 gegen insgesamt 705.172 Menschen wegen deren mutmaßlichen Verbindungen zur Gülen-Bewegung ermittelt. 125.456 Personen seien verurteilt worden und derzeit würden sich davon noch 13.251 Personen in Haft befinden.⁷

Menschenrechtslage in mehrheitlich kurdisch bewohnten Provinzen

Die Zweigstelle in Diyarbakir der türkischen Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği (İHD) veröffentlichte am 17.07.24 einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen im Osten und Südosten der Türkei. Der Bericht umfasst die Zeit von Anfang Januar bis Ende Juni 2024. In diesem Zeitraum seien dem Bericht zufolge 3.895 Rechtsverletzungen vorgefallen. Diese umfassen etwa die Verletzung des Rechts auf Leben, der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, der Rechte von Gefangenen und der politischen Rechte der

kurdischen Minderheit, die in den betroffenen Regionen lebt. Mindestens 98 Personen, darunter auch Minderjährige, seien laut Bericht von Vollzugsbeamten misshandelt worden. Die İHD erklärte, die Einschränkungen der Meinungsfreiheit durch die Behörden hätten zur Festnahme von 1.164 Personen, darunter 88 Minderjährige, geführt. Von den Festgenommenen seien 56 Personen verurteilt worden, darunter auch Medienschaffende. Außerdem seien durch die Behörden 56 öffentliche Veranstaltungen untersagt und 34 Versammlungen gewaltsam aufgelöst worden.

In den Gefängnissen seien laut İHD drei Insassen an Krankheiten gestorben. Die Behörden hätten 116 Insassen den Zugang zur medizinischen Versorgung verwehrt. Überdies würden die politischen Rechte der kurdischen Minderheit eingeschränkt, indem der Bürgermeister von Hakkari, der bei den letzten Kommunalwahlen am 31.03.24 (vgl. BN v. 08.04.24) gewählt worden war, abgesetzt worden sei und gegen vier weitere Bürgermeister Ermittlungen durch Behörden eingeleitet worden seien. Außerdem seien gegen neun kurdische Bürgermeister Reiseverbote verhängt worden.⁸

29. Juli 2024

Festnahme von 73 mutmaßlichen Mitgliedern der Gülen-Bewegung

Am 22.07.24 teilte Innenminister Ali Yerlikaya mit, dass die Polizei 73 Personen in 16 Provinzen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen habe.

Yerlikaya erklärte weiter, zu den Festgenommenen würden Personen gehören, die an der mutmaßlichen Unterwanderung der Polizei durch die Gülen-Bewegung beteiligt gewesen seien, indem sie Fragen für die Personalaufnahmeprüfung gestohlen hätten. Auch seien Personen aufgrund von Beweisen verhaftet worden, die auf Aufzeichnungen von Münztelefonen basieren würden. Außerdem seien die Festgenommenen als Nutzerinnen oder Nutzer der Nachrichten-App ByLock identifiziert worden.

Medienberichten zufolge würden die Behörden weiterhin Menschen wegen der Nutzung von ByLock strafrechtlich verfolgen, obwohl der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) am 26.09.23 in einem Grundsatzurteil festgestellt hatte, dass die Nutzung dieser App nicht als Beweismittel gelten könne. Der Gerichtshof kritisierte die Verwendung der verschlüsselten App ByLock als willkürliches Beweismittel und stellte außerdem fest, dass die notwendigen Garantien für ein faires Verfahren nicht eingehalten würden. Die App ist seit Januar 2016 nicht mehr in den offiziellen App-Stores von Apple und Google vorhanden, trotzdem wird ihre Nutzung vor dem Putschversuch am 15.07.16 nach wie vor in den die Gülen-Bewegung betreffenden Gerichtsverfahren als Beweismittel herangezogen.

Die sogenannten „Münztelefon-Ermittlungen“ stützen sich Medienberichten zufolge auf Gesprächsaufzeichnungen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass ein Mitglied der Gülen-Bewegung dasselbe Münztelefon benutzt hat, um alle seine Kontakte nacheinander anzurufen. Wenn ein mutmaßliches Mitglied der Bewegung in den Anruflisten auftaucht, wird davon ausgegangen, dass die anderen Nummern, die unmittelbar vor oder nach diesem Anruf angerufen wurden, ebenfalls zu Personen mit Gülen-Verbindungen gehören.

Laut Medienberichten führten die türkischen Behörden zwischen Juni 2023 und Juni 2024 insgesamt 5.543 Polizeieinsätze bezüglich der Gülen-Bewegung durch und verhafteten 1.595 Personen, die mit der Gülen-Bewegung in Verbindung stünden.⁹

05. August 2024

Zensur von sozialen Medienplattformen

Medienberichten zufolge wurde am 02.08.24 der Zugang zum sozialen Netzwerk Instagram gesperrt. Die Behörde für Informationstechnologie und Kommunikation (BTK) gab keine Gründe für die Sperrung an. Laut Nachrichtenagentur AFP soll der Kommunikationsdirektor von Präsident Erdoğan, Fahrettin Altun, Zensurvorwürfe gegen Instagram erhoben haben. Dieser hatte am 31.07.24 Instagram dahingehend beschuldigt, dass Menschen auf der Plattform daran gehindert worden seien, Beileidsbekundungen für den am 31.07.24 in Teheran zu Tode gekommenen Vorsitzenden des Politbüros der Hamas, Ismail Haniyya, zu veröffentlichen.

Laut Informationen, die einer Nachrichtenseite von BTK-Mitarbeitenden mitgeteilt worden seien, soll Instagram gegen sogenannte Katalogstrafen verstoßen haben. Unter diese Strafen fallen auch die „Beleidigung von Atatürk“

und der „sexuelle Missbrauch von Kindern“. Auf Instagram seien solche Inhalte zugänglich gewesen und daher sei es laut einem Mitarbeitenden der BTK zur Sperrung von Instagram gekommen. In der Türkei seien laut Presseberichten ca. 57 Mio. Nutzende bei Instagram angemeldet.

Ein Urteil des Verfassungsgerichts, das bestimmte Befugnisse der Direktion für Präsidialkommunikation, wie etwa einen Eingriff in die Meinungs- und Pressefreiheit für ungültig erklärt hat, wurde am 02.08.24 von der Webseite des Verfassungsgerichts entfernt. Dies ließ in oppositionellen Medien den Vorwurf der Zensur durch die Regierung aufkommen.

Der türkischen Vereinigung für Meinungsfreiheit (İFÖD) zufolge wurde am 12.07.24 bereits die E-Book-Plattform Wattpad durch eine Entscheidung des 10. Strafgerichtshofs in Ankara verboten. Das Verbot, dessen ausführliche Begründung von den Behörden nicht bekannt gegeben wurde, ist seit dem 16.07.24 in Kraft. Vor dem Verbot hatte es in den sozialen Medien Kritik von konservativen Gruppen an den auf Wattpad verfügbaren Inhalten gegeben. Ein Gründungsmitglied der İFÖD erklärte öffentlich, dass nicht klar sei, ob Wattpad gesperrt worden sei, um Kinder vor schädlichen Inhalten oder um die öffentliche Ordnung in der Türkei schützen zu wollen.

Im Jahr 2023 wurden in der Türkei nach Angaben der İFÖD der Zugang zu insgesamt 953.415 Webseiten und Domainnamen auf der Grundlage von 821.285 verschiedenen Entscheidungen aus 833 Institutionen und Justizbehörden gesperrt.¹⁰

12. August 2024

Aufhebung der Instagram-Sperre

Die Behörde für Informationstechnologie und Kommunikation (BTK) hat laut Medienberichten die am 02.08.24 verhängte Sperre für Instagram (vgl. BN v. 05.08.24) am 10.08.24 wieder aufgehoben. Der Minister für Verkehr und Infrastruktur, Abdulkadir Uraloğlu, teilte am 10.08.24 mit, dass Vertreterinnen und Vertreter von Instagram zugestimmt hätten, den Forderungen der Behörden zu folgen.

Die Behörden hätten laut Uraloğlu gefordert, dass Instagram Tausende von Beiträgen löschen solle, in denen es um Glücksspiel, Drogen und Missbrauch von Kindern gehe. Außerdem habe der Instagram-Mutterkonzern Meta zugestimmt, die türkischen Gesetze einzuhalten und für eine Entfernung von Beiträgen und Inhalten zu sorgen, wenn diese Elemente bestimmter Straftaten, etwa der Beleidigung des Staatsgründers Atatürk, oder Terrorismuspropaganda enthalten würden. Meta bestritt, zuvor nicht kooperiert zu haben, und erklärte, es habe bereits in der ersten Jahreshälfte 2024 ca. 2.500 Beiträge auf Wunsch der türkischen Behörden gelöscht.¹¹

Festnahmen von kurdischen Hochzeitsgästen

Presseberichten zufolge hat die Polizei am 05.08.24 fünf Personen festgenommen, da sie auf einer Hochzeit in der Provinz Osmaniye kurdischsprachige Lieder gesungen, den mit der kurdischen Minderheit assoziierten Volkstanz „Halay“ aufgeführt und die Hochzeitsfahrzeuge mit gelben und roten Luftschlangen geschmückt haben sollen.

Unter den Festgenommenen waren auch die beiden Ko-Vorsitzenden der Partei für Gleichheit und Demokratie (DEM) des Bezirks Osmaniye. Die Verhaftungen folgen auf die kürzlich stattgefundenen Polizeieinsätze in den Provinzen Istanbul, Aydın, Mersin, Ağrı, Siirt, Batman und Hakkari, bei denen mehr als 30 Personen aufgrund ähnlicher Anschuldigungen festgenommen worden waren. So wurden bereits am 27.07.24 Presseberichten zufolge insgesamt elf Personen verhaftet, die in Istanbul bei verschiedenen Hochzeiten laut eines Istanbulers Gerichts „Propaganda für terroristische Organisationen“ betrieben haben sollen. In Hakkari kam es am 28.07.24 zu Razzien während Hochzeitsfeierlichkeiten, da auf diesen kurdische Lieder gespielt und dazu getanzt worden sei. Berichten zufolge sollen bei den Razzien eine nicht näher bekannte Anzahl an Musikern und Hochzeitsgästen unter dem Vorwurf der „Propaganda für eine terroristische Organisation“ festgenommen worden sein.¹²

Entfernung von kurdischsprachigen Verkehrsschildern

Gemäß Presseberichten seien am 05.08.24 in der Provinz Diyarbakır auf Anweisung des Gouverneursamtes zum wiederholten Male kurdischsprachige Verkehrsschilder entfernt worden. Das Innenministerium hatte am 26.07.24 eine Richtlinie erlassen, wonach alle Verkehrsschilder den von der türkischen Generaldirektion für Autobahnen (KGM) festgelegten Standards entsprechen müssten. Daraufhin ordneten die Gouverneure mehrerer östlicher Provinzen die Entfernung kurdischer Verkehrsschilder an, da diese die Verkehrsmarkierungsnormen nicht eingehalten hätten. Die KGM hatte die Entfernung der kurdischen Verkehrsschilder auf Anweisung des

Ministeriums veranlasst, aber die Gemeinden hatten die Schilder zunächst in Van und anschließend in Diyarbakır, Batman und Mardin wieder aufgestellt. Die Schilder seien nun in Diyarbakır ein zweites Mal entfernt worden. Laut des stellvertretenden Vorsitzenden der Anwaltskammer von Diyarbakır gebe es keine rechtlichen Hindernisse, die Gemeinden daran hindern, öffentliche Dienstleistungen in verschiedenen Sprachen anzubieten und außerdem gebe es seit 15 Jahren Warnschilder auf Kurdisch in Diyarbakır. Der Entfernung auf Kurdisch verfasster Verkehrsschilder waren Angriffe auf eben jene Verkehrsschilder in Diyarbakır und in Van vorausgegangen. So hätten Medienberichten zufolge mehrere Personen, darunter ein 16-Jähriger, am 29.07.24 auf Kurdisch geschriebene Fußgängerhinweise und Fußgängerübergangsschilder verunstaltet. Auf ein Schild sei der Satz „die Türkei ist türkisch und wird türkisch bleiben“ geschrieben worden.¹³

19. August 2024

Mutmaßliche Festnahme und Misshandlung von sechs kurdischen Jugendlichen

Laut Medienberichten seien am 31.07.24 sechs kurdische Jugendliche in der Stadt Yüsekova in der Provinz Hakkari von der Polizei festgenommen worden. Die Jugendlichen erklärten gegenüber Medienvertretern, sie seien von der Polizei misshandelt und bis 03:30 Uhr morgens in Gewahrsam gehalten worden. Die Jugendlichen seien laut ihrer eigenen Aussage festgenommen worden, da sie sich gegen die Festnahme eines Freundes während einer Identitätskontrolle zur Wehr gesetzt hätten. Bei der Befragung der Jugendlichen in einem Polizeiauto seien sie laut ihrer Aussage schließlich von Polizisten wiederholt auf den Kopf geschlagen und beleidigt worden. Einer der Jugendlichen teilte einer Tageszeitung mit, dass er auf einer Umgehungsstraße außerhalb Yüsekovas ausgesetzt worden sei. Nachdem er nach Hause zurückgekehrt war, sei er ins Krankenhaus gegangen und habe dort einen medizinischen Bericht erhalten, der den Übergriff dokumentiere.

Gemäß Presseberichten hätten sich am Tag der Festnahme die Familien und Anwälte der Jugendlichen beim lokalen Polizeipräsidium gemeldet. Dort sei ihnen gesagt worden, dass die Jugendlichen nicht dort wären und es auf dem Präsidium keine Bürger gäbe, die von Polizeieinheiten festgenommen worden wären.

Medienberichten zufolge hätten am 01.08.24 drei Parlamentsabgeordnete der Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) eine parlamentarische Anfrage an die Regierung zu den Vorwürfen eingereicht. In der Anfrage wurde darauf hingewiesen, dass die Jugendlichen mehrere Kilometer außerhalb der Stadt mit blutverschmierter Kleidung zurückgelassen worden wären. Außerdem wurde in der Anfrage drauf verwiesen, dass die Behauptung der Jugendlichen, sie wären von der Polizei mitgenommen, in einem Polizeiauto misshandelt und nicht auf eine Polizeiwache gebracht worden, darauf hindeute, dass gesetzliche Verfahrensvorschriften für Festnahmen nicht eingehalten worden seien.

Am 02.08.24 organisierte der lokale Ableger der DEM in Yüsekova eine Kundgebung gegen die mutmaßliche Polizeigewalt. Einer der drei DEM-Abgeordneten erklärte auf der Kundgebung, dass die Misshandlungen von zwei Jugendlichen durch medizinische Gutachten bestätigt worden seien. Allerdings hätten ihm zufolge das Innenministerium und das Gouverneursamt mitgeteilt, dass sie nicht über die Angelegenheit informiert worden wären und dass die Polizei keine derartigen Maßnahmen ergriffen hätte.¹⁴

26. August 2024

Drei Personen aufgrund des Hörens kurdischer Musik verhaftet

Gemäß Medienberichten wurden am 21.08.24 drei kurdische Bauarbeiter in der Stadt Balıkesir festgenommen, weil sie in einem Park kurdische Musik gehört haben sollen. Die drei Personen seien im Atatürk-Park von Polizeibeamten angesprochen worden, welche die Ausweise der Arbeiter verlangten.

Als die Arbeiter sich weigerten, ihre Ausweise herauszugeben, seien sie laut ihrer Aussage von den Polizeibeamten geschlagen und in Gewahrsam genommen worden. Umstehende hätten sich ebenfalls dem Angriff auf die kurdischen Männer angeschlossen. Darüber hinaus sei den Festgenommenen laut Presseberichten die Möglichkeit verweigert worden, medizinische Berichte zu erhalten, in denen die erlittenen Verletzungen dokumentiert wurden. Nachdem die drei Personen über Nacht festgehalten worden waren, wurden sie am 22.08.24 in das Gerichtsgebäude von Balıkesir gebracht.

Ihnen wird „Propaganda für eine terroristische Organisation“ sowie „Widerstand gegen die Polizei“ vorgeworfen und es wurde Untersuchungshaft angeordnet. Eine Abgeordnete der DEM-Partei stellte am 23.08.24 eine parlamentarische Anfrage zu dem Vorfall, in welcher sie fragt, ob das Hören von Musik auf Kurdisch verboten sei.¹⁵

02. September 2024

Minderjährige wegen Präsidentenbeleidigung angeklagt

Medienberichten zufolge wurde am 18.08.24 von der Staatsanwaltschaft Istanbul Anklage gegen eine 16-Jährige wegen mutmaßlicher Beleidigung des Staatspräsidenten Erdoğan erhoben.

Die Minderjährige war laut Presseberichten bereits am 12.05.24 in Gewahrsam genommen worden, nachdem ein Personenschützer des Präsidenten sie beschuldigt hatte, seinen Konvoi beschimpft zu haben, als dieser an einem Fußgängerübergang vorbeigefahren sei. In ihrer Aussage erklärte die Jugendliche, sie habe nicht gewusst, dass dieses Fahrzeug zum Konvoi des Präsidenten gehört hätte. Sie bestritt jede Absicht, den Präsidenten oder einen anderen Beamten beleidigt zu haben.

Nach ihrem eintägigen Gewahrsam im Mai 2024 entließ ein Istanbuler Strafgericht die Jugendliche unter richterlicher Aufsicht und verpflichtete sie, sich einmal pro Woche auf einer Polizeistation zu melden und verhängte ihr gegenüber ein Ausreiseverbot.

Im gesamten Jahr 2023 wurde gegen 972 Minderjährige nach den Art. 299 und 301 des türkischen Strafgesetzbuchs ermittelt, die sich auf die Beleidigung des Präsidenten und anderer Amtsträger beziehen. Insgesamt wurden 2023 gemäß offiziellen Daten des Justizministeriums 6.879 Personen wegen angeblicher Beleidigung von Präsident Erdoğan oder seiner Regierung angeklagt. Von diesen wurden 1.602 verurteilt, 1.982 erhielten Bewährungsstrafen und 1.774 wurden freigesprochen.¹⁶

09. September 2024

NGO-Berichte zu Folter und Misshandlungen

Die Menschenrechtsorganisation İnsan Hakları Derneği (İHD) veröffentlichte am 23.08.24 ihren Jahresbericht über Menschenrechtsverletzungen für das Jahr 2023.

Laut Bericht seien im Jahr 2023 insgesamt 5.312 Menschen durch Sicherheitskräfte gefoltert oder misshandelt worden. Weiter wird ausgeführt, dass 348 Personen in Polizeigewahrsam gefoltert oder misshandelt worden seien, während 733 Personen außerhalb von Hafteinrichtungen einer solchen Behandlung ausgesetzt gewesen seien. Darüber hinaus seien 16 Personen von sogenannten Dorfschützern bzw. Sicherheitsschützern gefoltert oder misshandelt worden. Ferner heißt es, dass 594 Häftlinge über Fälle von Folter oder Misshandlung in Justizvollzugsanstalten berichtet hätten.

Dem Bericht zufolge seien 3.487 Menschen bei öffentlichen Demonstrationen aufgrund von Eingriffen der Sicherheitskräfte geschlagen oder verletzt worden. Diese Kategorie stellt die größte Zahl der erfassten Übergriffe dar.

Mehr als 40 NGOs hatten während der 80. Sitzung des UN-Ausschusses gegen Folter (CAT) vom 08.07. bis 26.07.24 Berichte vorgelegt, in denen sie sowohl Folterungen und Misshandlungen, als auch die gemäß ihren Berichten weitestgehend vorhandene Straffreiheit für Sicherheitskräfte, die mit Folter und Misshandlungen in Verbindung stehen sollen, kritisierten. In den Berichten wurden türkische Behörden beschuldigt, Folter als Mittel einzusetzen, um Geständnisse zu erzwingen oder politische Aktivistinnen und Aktivisten, Medienschaffende und Angehörige der kurdischen Minderheit einzuschüchtern. In den Berichten über Misshandlungen wird auch auf die Haftbedingungen eingegangen. Hierbei werden insbesondere unmenschliche Bedingungen, etwa Überbelegung der Haftanstalten, Verweigerung medizinischer Versorgung und willkürliche Isolationshaft, der politische Häftlinge ausgesetzt sein können, angesprochen. In seinem fünften Bericht über die Lage in der Türkei vom 18.07.24 hat der CAT die Aussagen der NGOs aufgegriffen und bestätigt. Weiter werden in dem CAT-Bericht Unzulänglichkeiten des Rechtsrahmens in Bezug auf Folter und Misshandlung dargelegt. Während die türkische Verfassung Folter explizit verbiete, seien andere Straftaten nur unzureichend abgedeckt. So wird aufgeführt, dass das türkische Strafgesetzbuch keine ausdrücklichen Verbote gegen unter Folter erzwungene Geständnisse enthalte.¹⁷

16. September 2024

Festnahme von mutmaßlichen Mitgliedern der Gülen-Bewegung

Medienberichten zufolge wurden am 05.09.24 insgesamt 34 Personen in 19 Provinzen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen. Die Festnahmen fanden landesweit statt. Innenminister Ali Yerlikaya erklärte, dass sich unter den Festgenommenen auch Personen befänden, die an der mutmaßlichen Unterwanderung des Militärs durch die Gülen-Bewegung beteiligt gewesen sein sollen sowie Personen, welche die Messaging-Anwendung ByLock, die seitens der Behörden mit der Gülen-Bewegung in Verbindung gebracht wird, verwendet hätten. Auch befänden sich unter den Festgenommenen Personen, denen vorgeworfen werde, heimlich über Münztelefone mit ihren Kontakten innerhalb der Gülen-Bewegung kommuniziert zu haben. Des Weiteren seien auch Personen festgenommen worden, deren Verurteilungen bezüglich einer Verbindung zur Gülen-Bewegung vom Obersten Berufungsgericht bestätigt worden waren und die sich noch auf freiem Fuß befänden. Bereits am 28.08.24 wurden gemäß Presseberichten 20 mutmaßliche Mitglieder der Gülen-Bewegung in elf unterschiedlichen Provinzen festgenommen. Auch hier seien laut Innenminister Yerlikaya die Verdächtigen aufgrund der Nutzung von ByLock und Münztelefonen und des Vorwurfs, dass sie als angebliche Mitglieder der Gülen-Bewegung das Militär unterwandert hätten, festgenommen worden.¹⁸

23. September 2024

Zeitungsbericht über Erstellen von gefälschten UYAP-Dokumenten

Wie die Nachrichten-Webseite Serbestiyet am 19.09.24 berichtete, kann es vorkommen, dass Schleuser gefälschte Rechtsdokumente erstellen, welche in Asylverfahren vorgelegt werden können. Durch diese Methode sollen Asylanträge türkischer Staatsangehöriger, die in Europa Zuflucht suchen, manipuliert werden.

Laut Serbestiyet würden einige Schleuser offen auf Social-Media-Plattformen wie TikTok und Facebook für ihre Dienste werben. Dort böten sie umfassende Pakete, die etwa gefälschte Anklageschriften, Haftbefehle und erfundene Verfolgungsgeschichten enthielten, für Gebühren von bis zu 6.000 US-Dollar an. Von Serbestiyet befragte türkische Anwaltskanzleien bestätigten, dass diese gefälschten Dokumente authentisch und offiziell erscheinen würden. Zu den Beispielen an gefälschten Dokumenten gehören

Mitgliedsausweise einer pro-kurdischen Partei (HDP), offizielle ärztliche Atteste über Übergriffe, Durchsuchungsbefehle, Haftbefehle und Anklageschriften. Auf einem Video, das ein durch Serbestiyet interviewter Schleuser teilte, waren weitere Haftbefehle und andere juristische Dokumente zu sehen. Es bleibe Serbestiyet zufolge unklar, ob es sich hierbei um gefälschte Dokumente handle oder ob sie bereits in einem offiziellen Verfahren verwendet worden seien.

Einige Schleuser würden auch fiktive Geschichten über Verfolgungen im Zusammenhang mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), der Gülen-Bewegung, einer LGBTIQ-Identität oder der Verfolgung aufgrund eines alevitischen Glaubens anbieten. Sie böten gemäß des Berichts auf TikTok oder Facebook „vollständige Asylakten mit gültigen Gründen für Asylverfahren“ an. Außerdem würden sie damit werben, dass sie bereits Hunderte Referenzen in den USA, Kanada, Europa und Großbritannien hätten.

Der Zeitungsartikel führt weiter aus, dass die Schleuser den Geflüchteten die Ausreise aus der Türkei organisieren und sie im Ausland mit den gefälschten Papieren versorgen würden. So berichtet einer der Schleuser, dass die Geflüchteten zunächst nach Serbien oder Bosnien und Herzegowina gingen. Dort würden die Personen mit einem LKW weiter in die EU gebracht, wo sie sich der Polizei stellen und Asyl beantragen sollen. Mithilfe der gefälschten Unterlagen könnten die Geflüchteten schließlich ihre vermeintlichen Asylgründe untermauern.

Zu der Verbreitungshäufigkeit dieser gefälschten Gerichtsdokumente liegen keine konkreten Informationen vor. Die von Serbestiyet kontaktierten Schleuser sprachen davon, dass alleine im Jahr 2024 bereits Tausende Personen von dieser Methode Gebrauch gemacht hätten. Diese von den Schleusern genannte unbestimmte Zahl lässt sich jedoch nicht überprüfen.

Auch Schweizer Medien berichteten Ende 2023 und in 2024 über ähnliche Vorgänge im Zusammenhang mit Asylanträgen türkischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger. So hätten Asylsuchende Zuflucht in der Schweiz erhalten, indem sie gefälschte Haftbefehle vorgelegt hätten. An der Durchführung sei ein Netzwerk von Mittelsmännern beteiligt gewesen, darunter Staatsanwälte in der Türkei, die Bestechungsgelder angenommen hätten, um gefälschte Haftbefehle auszustellen. In diesen Haftbefehlen seien Antragstellende als verfolgte

politische Aktivistinnen und Aktivisten oder Mitglieder verbotener Organisationen wie der PKK dargestellt worden.¹⁹

30. September 2024

Razzia in kurdischem Sprachzentrum, Buchhandlung und Bildungskooperative

Medienberichten zufolge kam es am 24.09.24 zu einer Razzia in einem kurdischen Sprachzentrum namens Mezopotamya Language and Culture Research Association (MED-DER), einer kurdischen Buchhandlung namens Payîz Pirtûk und einer Bildungskooperative für Sprache und Kunst namens Anka in Diyarbakir. Es wurden im Zuge der Ermittlungen der Generalstaatsanwaltschaft Diyarbakir und weiterer im Zusammenhang stehenden Festnahmen in Izmir und Mardin insgesamt 30 Personen festgenommen. Unter den Festgenommenen würden sich sowohl einige Herausgeberinnen und Herausgeber als auch Ko-Vorsitzende und Mitarbeitende der Institutionen befinden. Etwa zur selben Zeit fanden Wohnungsdurchsuchungen bei Mitarbeitenden statt. Gemäß Pressemeldungen waren bei der Durchsuchung keine Rechtsanwälte anwesend, und die Festgenommenen konnten zunächst keinen Zugang zu Rechtsbeiständen erhalten, da eine 24-stündige Kontaktsperre verhängt worden war. Es liegen unterschiedliche Meldungen zu Freilassungen der festgenommenen Personen vor. So sollen entweder sieben oder acht der Festgenommenen bis zum 27.09.24 freigelassen worden sein, nachdem sie ihre Aussagen der Staatsanwaltschaft vorgelegt hatten. Die restlichen Festgenommenen wurden am 27.09.24 für Verhöre durch die Staatsanwaltschaft ins Justizgebäude in Diyarbakir gebracht. Des Weiteren waren über 500 Bücher, Lehrbücher, Zeitschriften und Festplatten beschlagnahmt worden. Die Generalstaatsanwaltschaft unterstellt, dass die beschlagnahmten Werke eine inhaltliche Nähe zur Ideologie der PKK hätten und Terrorpropaganda darstellen würden. MED-DER und Payîz Pirtûk erklärten, die Bücher und Zeitungen seien legal und man könne diese auf normalem Wege in der Türkei erwerben. Es wurden für die Verfahrensakte Geheimhaltungsbeschlüsse erlassen, die den Zugriff auf Ermittlungsdetails für die Rechtsbeistände einschränken. Die prokurdische Partei für Gleichheit der Demokratie der Völker (DEM) kritisierte auf dem sozialen Netzwerk X das Vorgehen der Behörde als Unterdrückung der kurdischen Sprache und Kultur. Sie erklärte, dass das kurdische Volk trotz dieser Politik nicht daran gehindert werde, seine Muttersprache zu bewahren.²⁰

07. Oktober 2024

Verbot von Dokumentarfilm über Entlassungen nach Putschversuch 2016

Gemäß Medienberichten hat das Gouverneursbüro der Provinz Antalya auf einem Filmfestival namens Free Orange in der Stadt Antalya einen Dokumentarfilm verboten, der das Schicksal von Betroffenen der Entlassungswelle nach dem Putschversuch vom 15.07.16 schildert.

Der Dokumentarfilm mit dem Titel Kanun Hükmü („Gesetzgebende Bestimmung“) unterliegt seit seiner Veröffentlichung im Jahr 2023 der Zensur und sollte bei den Free Orange Film Days gezeigt werden, die am 03.10.24 in Antalya begonnen haben.

Der Film dürfe während der Filmtage u.a. deswegen nicht gezeigt werden, da er der nationalen Einheit und Solidarität schade, und einen Teil der Öffentlichkeit zu Hass und Feindseligkeit gegen einen anderen auf der Grundlage unterschiedlicher Merkmale aufstachele. Als weiteren Grund für das Verbot nannte das Gouvernement auch die Entscheidung des Ausschusses für die Bewertung und Klassifizierung von Kinofilmen des Ministeriums für Kultur und Tourismus, wonach die kommerzielle Verbreitung und Vorführung der Inhalte des Films nicht im Einklang mit den Grundsätzen der öffentlichen Ordnung, dem Schutz der geistigen Gesundheit von Minderjährigen und Jugendlichen und der Verfassung stünden. Das Büro des Gouverneurs warf der Dokumentation außerdem vor, aus den „sogenannten Opfern“ Kapital zu schlagen und sagte zudem, dass die „Verzerrung“ der Tatsachen in der Dokumentation darauf abzielen würde, das Ansehen der Türkei zerstören und auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in Gerichtsentscheidungen erschüttern zu wollen.

Der Dokumentarfilm erregte internationale Aufmerksamkeit, als er beim Golden Orange Film Festival 2023 in Antalya erstmals zensiert wurde, was schließlich zur Absage der 60. Ausgabe des Golden Orange Film Festivals im September 2023 führte. Die damalige Entscheidung, den Dokumentarfilm zu entfernen, rief sowohl bei Personen, die mittels eines Gesetzesdekrets ihre Arbeit verloren hatten, als auch bei Aktivistinnen und Aktivisten Kritik hervor.

Zur Absage des Festivals kam es, nachdem das türkische Kultur- und Tourismusministerium seine Unterstützung zurückgezogen und den Festivalorganisatoren vorgeworfen hatte, sogenannte Terrorpropaganda zuzulassen. Daraufhin folgten auch Sponsoren diesem Beispiel.

Ebenso wurde der Dokumentarfilm in anderen Städten von den örtlichen Behörden verboten und zensiert, obwohl das Verfassungsgericht entschieden hatte, dass das Verbot der örtlichen Behörden gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung verstoße und der Regisseurin Nejla Demirci 13.500 TRY (rd. 359 EUR, Stand: 07.10.24) Schadenersatz zugesprochen hatte.²¹

14. Oktober 2024

Bestätigung der Haftstrafe für abgesetzten kurdischen Bürgermeister

Medienberichten zufolge hat das Oberste Berufungsgericht am 09.10.24 eine Gefängnisstrafe von neun Jahren und viereinhalb Monaten bestätigt, die gegen den ehemaligen kurdischen Bürgermeister Diyarbakirs, Adnan Selçuk Mızraklı, verhängt worden war.

Mızraklı, Mitglied der prokurdischen Demokratischen Partei der Völker (HDP), welche mittlerweile als Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) agiert, war am 31.03.19 zum Bürgermeister von Diyarbakir gewählt und am 19.08.19 wieder vom Innenministerium aus dem Amt entfernt worden. Begründet wurde die Absetzung damit, dass gegen ihn eine Untersuchung wegen Terrorismus laufe. Mızraklı war daraufhin von einem Treuhänder ersetzt worden. Am 21.10.19 wurde er aufgrund des Vorwurfs, Mitglied in einer bewaffneten terroristischen Vereinigung zu sein, festgenommen. Seit dem 22.10.19 befindet sich Mızraklı in Haft.

Die Entscheidung der Dritten Kammer des Obersten Berufungsgerichts war die zweite Entscheidung, die dieses Gericht in Bezug auf Mızraklı traf. So war gegen ihn ein neues Verfahren eingeleitet worden, nachdem das Oberste Berufungsgericht im Dezember 2022 das Urteil einer unteren Instanz gegen Mızraklı aufgehoben hatte. Damals lehnte das Oberste Berufungsgericht es ab, Mızraklis Verurteilung aufrechtzuerhalten und begründete seine Entscheidung damit, dass die Vorwürfe gegen den ehemaligen Bürgermeister nicht ausreichend untersucht worden seien.

Mızraklı war im März 2020 vom Neunten Hohen Strafgerichtshof in Diyarbakir der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung für schuldig befunden und zu neun Jahren und viereinhalb Monaten Haft verurteilt worden. Im November 2023 wurde Mızraklı in seinem Wiederaufnahmeverfahren unter der Verwendung neuer Zeugenaussagen erneut zu neun Jahren und viereinhalb Monaten Haft wegen der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung verurteilt. Mızraklı legte Berufung beim Obersten Berufungsgericht ein, welches das Urteil dieses Mal bestätigte.

Mızraklis Anwälte kündigten an, diese Entscheidung vor dem Verfassungsgericht anzufechten. Sollte dieses ebenfalls gegen Mızraklı entscheiden, so würden sie Mızraklis Fall vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bringen, da ihrer Ansicht nach eine Verletzung seiner Grundrechte vorliege.

Seine Partei, die DEM, verurteilte die Entscheidung des Obersten Berufungsgerichts als einen „Justizputsch“ und erklärte, dass sie „null und nichtig“ sei.²²

21. Oktober 2024

Fethullah Gülen in den USA verstorben

Presseberichten zufolge ist der islamische Prediger und Anführer der Gülen-Bewegung, Fethullah Gülen, am 20.10.24 im Alter von 83 Jahren in den USA in einem Krankenhaus verstorben. Er soll an Demenz, Diabetes und Nierenversagen gelitten haben und lebte seit 1999 in Pennsylvania, USA.

Gülen wurde von der türkischen Regierung unter Staatspräsident Erdoğan beschuldigt, hinter dem Putschversuch vom 15.07.16 gestanden zu haben. Seine Bewegung wurde in der Türkei als Terrororganisation eingestuft. Fethullah Gülen hatte den Vorwurf der Putschbeteiligung stets bestritten. Gegen die mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung wird nach wie vor seitens der türkischen Behörden vorgegangen. Seit dem Putschversuch im Juli 2016 sei laut einer Aussage des türkischen Justizministers von Juli 2024 gegen insgesamt 705.172 Personen aufgrund ihrer angeblichen Verbindungen zur Gülen-Bewegung ermittelt worden. 13.251 Menschen würden sich

mit Stand Juli 2024 in Untersuchungshaft befinden oder sitzen ihre Haftstrafen, zu welcher sie in Prozessen mit Bezug zur Gülen-Bewegung verurteilt worden waren, in Gefängnissen ab.²³

Festnahme von mutmaßlichen Anhängern der Gülen-Bewegung

Medienberichten zufolge hat die Generalstaatsanwaltschaft von Ankara am 08.10.24 wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung Haftbefehle gegen 39 Personen erlassen, darunter aktive und ehemalige Militäroffiziere sowie ehemalige Militärschüler.

Den Verdächtigen wird vorgeworfen, über Münztelefone oder sogenannten Prepaid-Festnetzanschlüsse an Orten wie Kiosken, Lebensmittelgeschäften und Märkten in verschiedenen Stadtvierteln Ankaras mit ihren Kontakten innerhalb der Gülen-Bewegung kommuniziert zu haben.

Die sogenannten „Münztelefon-Ermittlungen“ basieren auf Gesprächsaufzeichnungen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass ein Anhänger der Gülen-Bewegung dasselbe Münztelefon benutzt hat um alle seine Kontakte nacheinander anzurufen. Wenn ein mutmaßlicher Anhänger der Bewegung in den Anruflisten auftaucht, wird davon ausgegangen, dass andere Nummern, die unmittelbar vor oder nach diesem Anruf angerufen wurden, ebenfalls zu Personen mit Verbindungen zur Gülen-Bewegung gehören. Die Behörden verfügen jedoch nicht über den tatsächlichen Inhalt der fraglichen Anrufe.²⁴

Erdbeben der Stärke 5,9 in Provinz Malatya

Laut Presseberichten hat sich am 16.10.24 ein Erdbeben der Stärke 5,9 mit der Provinz Malatya als Epizentrum ereignet. Bei dem Erdbeben seien gemäß Stadtentwicklungsminister Murat Kurum in der benachbarten Provinz Elazığ über 20 Gebäude schwer und 517 Gebäude leicht beschädigt worden. In Malatya gebe es 18 leicht beschädigte Gebäude. Innenminister Ali Yerlikaya erklärte, es habe keine Todesopfer gegeben, jedoch hätten 187 Personen leichte Verletzungen erlitten. 43 der verletzten Personen seien in nahegelegenen Krankenhäusern stationär behandelt worden.

Bei dem Erdbeben am 06.02.23 war ebenfalls Malatya betroffen. Bei diesem Erdbeben starben alleine in der Türkei mehr als 53.000 Personen, davon über 1.000 in Malatya. Der türkischen Katastrophen- und Notfallmanagementbehörde AFAD zufolge würden in der Provinz Malatya weiterhin 120.000 Menschen in Containern leben.²⁵

28. Oktober 2024

Anschlag durch PKK auf staatlichen Luft- und Raumfahrtkonzern

Bewaffnete Angreifer haben Presseberichten zufolge am 23.10.24 am Rande der Hauptstadt Ankara einen Anschlag auf das staatliche Luft- und Raumfahrtunternehmen Turkish Aerospace Industries (TUSAŞ) verübt. Bei dem Angriff starben fünf Menschen und 22 weitere wurden verletzt. Die beiden Angreifer wurden von Sicherheitskräften getötet.

Der bewaffnete Arm der PKK, die Volksverteidigungskräfte (HPG), hatte sich am 25.10.24 zu dem Anschlag bekannt. In der Erklärung wurde ausgeführt, dass der Anschlag nicht im Zusammenhang mit den aktuell in der türkischen Politik kursierenden Andeutungen möglicher neuer Friedensverhandlungen zwischen der Türkei und der PKK und der Thematisierung einer Freilassung von Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Führer und Gründungsmitglied der PKK, stünden. Vielmehr soll der Angriff als eine „Warnung gegen die völkermörderische Praxis und Massaker in Kurdistan sowie die Isolationspolitik der türkischen Staatsmacht“ einzuordnen sein. Auch seien laut dieser Stellungnahme von TUSAŞ hergestellte Waffen, wie etwa Drohnen, für den Tod von Menschen in den kurdischen Gebieten verantwortlich. Laut Medienberichten führt die Türkei seit dem 23.10.24 Vergeltungsangriffe auf mutmaßliche Stellungen der PKK in Syrien und dem Nordirak durch.²⁶

Rückführung türkischer Staatsangehöriger aus Kenia wegen mutmaßlicher Verbindung zur Gülen-Bewegung

Nachdem internationale Medien am 18.10.24 über die mutmaßliche Entführung vier türkischer Staatsangehöriger in Kenia berichtet hatten, erklärte am 21.10.24 das kenianische Außenministerium, dass an besagtem Datum vier türkische Staatsangehörige auf Ersuchen der türkischen Regierung von Kenia in die Türkei überführt worden seien. Insgesamt seien Presseberichten zufolge am 18.10.24 sieben Personen in Nairobi wegen ihrer mutmaßlichen Verbindung zur Gülen-Bewegung entführt worden. Drei der Entführten, darunter ein britischer Staatsbürger, seien

freigelassen worden und vier hätten sich laut eines Presseberichts vom 23.10.24 auf einer Polizeiwache in Ankara aufgehalten. Der Darstellung von Medienberichten zufolge sollen die Personen am 18.10.24 vom türkischen Nachrichtendienst Millî İstihbarat Teşkilâtı (MIT) entführt und teilweise vor Ort verhört worden sein, bevor sie in die Türkei überführt worden waren. Bei den vier Personen handelt es sich um Geflüchtete, die beim Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert waren, was sie vor einer Zwangsrückführung in die Türkei schützen sollte.

Laut eines Presseberichts vom 23.10.24 würden Beamte der Anti-Terror-Einheit (TEM) der Polizeibehörde Ankara die Familien und Anwälte der Entführten kontaktieren und sie über deren Aufenthaltsort informieren.

Seit dem Putschversuch vom 15.07.16 soll der MIT gemäß Medienberichten Auslandsoperationen zur Zwangsrückführung von mehr als 100 Personen mit mutmaßlichen Verbindungen zur Gülen-Bewegung durchgeführt haben. Zu den jüngsten Fällen gehört der Fall eines türkischen Geschäftsmanns, der im September 2023 in Tadschikistan verschwand und im darauffolgenden Monat in der Türkei in Polizeigewahrsam aufgetaucht war.

Laut eines Berichts über transnationale Repression aus dem Jahr 2023 der NGO Freedom House, die sich für die Wahrung liberaler Demokratien einsetzt, ist die Türkei der weltweit zweithäufigste Akteur transnationaler Repression. Die türkische Regierung wendet dabei verschiedene Maßnahmen gegen ihre Kritikerinnen und Kritiker im Ausland an, darunter auch Spionage durch regierungsnahe Diasporaorganisationen.²⁷

Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu unfairen Gerichtsverfahren

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) urteilte am 22.10.24, dass die Türkei das Recht von zehn Richtern und Staatsanwälten auf ein faires Verfahren verletzt habe. Das Gericht stellte fest, der türkische Hohe Rat der Richter und Staatsanwälte (HSYK) habe es versäumt, ausreichende Verfahrensgarantien wie formelle Anhörungen, Regeln für die Beweisführung und eine ausführliche Begründung seiner Entscheidungen in Bezug auf die zehn Antragsteller einzuhalten, wodurch das Recht der Antragsteller auf ein faires Verfahren untergraben worden sei.

In dem Fall „Şişman und andere gegen die Türkei“ ging es um zehn Richter und Staatsanwälte, die unfreiwillig in andere Städte versetzt oder in einem Fall in derselben Stadt degradiert worden waren. Diese Versetzungen erfolgten zwischen 2014 und 2015 durch eine Reihe von Entscheidungen des HSYK. Die türkische Regierung bestritt die Zuständigkeit des EGMR mit dem Argument, dass die Kläger während des innerstaatlichen Verfahrens keinen ausdrücklichen Antrag auf Zugang zu einem Gericht gestellt hätten. Außerdem seien die Kläger nach dem Putschversuch vom 15.07.16 wegen angeblicher Anhängerschaft zur Gülen-Bewegung entlassen worden, was den Ausschluss einer gerichtlichen Überprüfung aus Gründen der nationalen Sicherheit rechtfertige. Der EGMR wies diese Argumente zurück und betonte, dass der HSYK aufgrund der Verfahrensmängel in seinem Prozess nicht als Gericht angesehen werden könne.²⁸

04. November 2024

Entlassung von vier CHP- und DEM-Bürgermeistern

Medienberichten zufolge seien zwei bei der diesjährigen Kommunalwahl in Städten im Südosten der Türkei (Mardin, Batman und Halfeti, einem Landkreis in der Provinz Şanlıurfa) gewählte Bürgermeister und eine Bürgermeisterin der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) am 04.11.24 von der Regierung ihrer Ämter enthoben und durch Treuhänder ersetzt worden. Sie stünden laut Innenministerium unter Terrorismusverdacht.

Laut Pressemeldungen sei zuvor Ahmet Özer, Bürgermeister der Republikanischen Volkspartei (CHP) für die Istanbuler Stadtgemeinde Esenyurt, am 30.10.24 in seinem Haus verhaftet und durch einen Treuhänder ersetzt worden. Özer war ebenfalls bei der Kommunalwahl am 31.03.24 gewählt worden. Ihm werde von der Staatsanwaltschaft die Mitgliedschaft in der PKK vorgeworfen. So soll er seit fast einem Jahrzehnt Verbindungen zur PKK unterhalten und Verbindungen zu führenden PKK-Mitgliedern pflegen. Zu den Beweisen gegen ihn zählen Überwachungsaufzeichnungen und Finanztransaktionen.

Sowohl die CHP als auch die DEM, die Özers Verhaftung als „politischen Staatsstreich“ bezeichnete, protestierten gegen die ihrer Meinung nach politisch motivierte Verhaftung des Bürgermeisters.²⁹

11. November 2024

48 Frauenmorde im Oktober 2024

Die türkische Frauenrechtsorganisation We Will Stop Femicide Platform legte in ihrem monatlichen Bericht zu Gewaltdelikten gegenüber Frauen vom 05.11.24 dar, dass im Oktober 2024 in der Türkei insgesamt 48 Frauen von Männern getötet worden seien.

Von den 48 ermordeten Frauen seien laut Bericht 24 von ihren Ehemännern oder Freunden, drei von ihren ehemaligen Ehepartnern, sechs von Bekannten und 11 von ihren Verwandten getötet worden. Außerdem seien zehn Frauen unter dem Vorwand getötet worden, Entscheidungen über ihr eigenes Leben treffen zu wollen. Dazu gehören etwa die Bitte um Scheidung, die Ablehnung einer Versöhnung mit dem Lebenspartner oder die Ablehnung eines Heiratsantrags bzw. einer Liebesbeziehung.

Aufgrund der Morde hatte es unter anderem am 05.10.24 Demonstrationen in mehreren Städten gegeben, die ein Ende der Gewalt gegenüber Frauen gefordert und die Regierung dazu aufgerufen hatte, Maßnahmen gegen die Gewalt zu ergreifen. Laut der We Will Stop Femicide Platform seien in den ersten neun Monaten 2024 mindestens 295 Frauen und von 2020 bis September 2024 mindestens 1.499 Frauen getötet worden. Des Weiteren hätten gemäß Informationen des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie zwischen Januar 2013 und Juli 2024 mehr als 1,4 Millionen Frauen angegeben, Opfer häuslicher Gewalt geworden zu sein und sich an staatliche Gewaltpräventionszentren (ŞÖNİM) gewandt.³⁰

Vorführungsverbot des Films „Queer“

Medienberichten zufolge hat der globale Streaming-Anbieter und Filmverleiher MUBI aus Protest ein vom 07.11. bis 10.11.24 in Istanbul geplantes Filmfestival abgesagt, nachdem die lokalen Behörden die Vorführung des Films „Queer“ untersagt hatten. Der Film handelt von einer homosexuellen Beziehung zweier Männer.

Laut Presseberichten habe die Bezirksregierung des Stadtteils Kadıköy die Filmvorführung verboten, da der Film provokante Inhalte enthalte und so den gesellschaftlichen Frieden gefährde. MUBI erklärte, das Verbot stelle eine Einschränkung der Kunst- und Meinungsfreiheit dar.³¹

18. November 2024

Sänger wegen kurdischen Liedes angeklagt

Medienberichten vom 14.11. und 15.11.24 zufolge ist ein kurdischer Folksänger wegen mutmaßlicher Propaganda für die PKK von der Istanbuler Staatsanwaltschaft angeklagt worden. Die Anklage stützt sich auf ein kurdisches Lied, welches der Angeklagte 2012 bei einer Veranstaltung in Belgien gesungen hatte. Das Lied namens „Koçgiri Başladı Harba“ (Koçgiri begann den Kampf) handelt von einem Aufstand kurdischer und alevitischer Gruppen im Jahr 1921 gegen die entstehende Türkische Republik. Gemäß Auffassung der derzeitigen Regierung verherrliche dieses Lied Gewalt und impliziere die Verbundenheit mit der PKK.

Während einer Anhörung am 14.11.24 bestritt der Angeklagte jegliche Verbindung zur PKK oder die Absicht, deren Botschaft zu verbreiten. Außerdem habe es sich bei der Veranstaltung in Belgien um eine kulturelle Veranstaltung gehandelt. Die Staatsanwaltschaft argumentierte jedoch, dass der Liedtext in Verbindung mit den während der Aufführung gezeigten Bildern die Ideologie der PKK propagiere. Die Aufführung habe die Grenzen der freien Meinungsäußerung überschritten, indem sie Gewalt und Terrorismus gefördert habe. Der Prozess wurde auf den 18.02.25 vertagt.³²

Festnahme eines Journalisten

Laut Presseberichten wurde am 08.11.24 der Journalist Furkan Karabay in Istanbul verhaftet. Der Grund dafür war ein Post auf dem sozialen Netzwerk X, in dem Karabay Namen der Staatsanwälte, die an den Ermittlungen gegen den Bürgermeister der Republikanischen Volkspartei (CHP) der Istanbuler Stadtgemeinde Esenyurt, Ahmet Özer, beteiligt sind, aufgelistet und über die Ermittlungen berichtet hatte. Özer war am 30.10.24 verhaftet worden (vgl. BN v. 04.11.24).

Das Gericht in Istanbul befand, dass Karabays Beitrag sich gegen öffentliche Amtsträger gerichtet habe, die in der Terrorismusbekämpfung tätig seien. Außerdem habe er einen Staatsbediensteten beleidigt und wissentlich irreführende Informationen an die Öffentlichkeit verbreitet.

In seiner Aussage vor Gericht bestritt Karabay die Vorwürfe und sagte, die Namen der Staatsanwälte seien von mehreren Medien veröffentlicht worden und der CHP-Vorsitzende Özgür Özel habe den Namen des Generalstaatsanwalts selbst erwähnt.

Organisationen für den Erhalt der Pressefreiheit, darunter die Media and Law Studies Association und Freedom House sowie die größte Oppositionspartei CHP verurteilten Karabays Festnahme. Der Vertreter von Reporter ohne Grenzen (RSF) in der Türkei erklärte, Karabays Untersuchungshaft zielt auf eine vorweggenommene Bestrafung ab. Karabay war bereits am 28.12.23 festgenommen worden, nachdem er in einem Verfahren gegen eine Person der Sarallar-Verbrechensorganisation über angebliche Korruption und Bestechung berichtet hatte. Nach seiner Berichterstattung wurde Karabay beschuldigt, einen Anti-Terror-Beamten als Ziel für Terrorgruppen markiert zu haben. Am 08.01.24 war Karabay nach einer Entscheidung des 7. Strafgerichtshofs in Istanbul freigelassen geworden.³³

25. November 2024

Verhaftung mutmaßlicher Gülen-Anhänger

Medienberichten zufolge sind am 19.11.24 bei einem großangelegten Polizeieinsatz in 66 Provinzen insgesamt 459 Personen festgenommen worden, denen Verbindungen zu dem im Oktober 2024 verstorbenen Geistlichen Fethullah Gülen vorgeworfen werden. Der türkische Innenminister Ali Yerlikaya gab bekannt, dass den Verdächtigen verschiedene Delikte zur Last gelegt werden, darunter Propaganda für die Gülen-Bewegung über soziale Medien, Kontakt zu Personen innerhalb der Bewegung sowie die Unterbringung von Flüchtlingen.

Die Verhaftungen stellen eine der größten Operationen gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger seit dem gescheiterten Putschversuch im Jahr 2016 dar, für den die türkische Regierung den Geistlichen und sein Netzwerk verantwortlich macht.³⁴

02. Dezember 2024

Verhaftung mutmaßlicher PKK-Anhänger

Nachdem bereits am 19.11.24 über 400 Personen wegen mutmaßlichen Kontakten zur Gülen-Bewegung festgenommen wurden (vgl. BN v. 25.11.24), folgte am 27.11.24 in 30 Provinzen die Verhaftung 231 weiterer Personen. Diesen wird vorgeworfen, die als Terrororganisation eingestufte, verbotene Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) finanziert bzw. Propaganda für sie betrieben zu haben. Unter den Festgenommenen sind zwölf Journalisten und Schriftsteller, u.a. der 74-jährige Dichter Hicri İzgören. Verschiedene Journalistenverbände riefen zu einer Protestkundgebung auf, die am selben Tag in Diyarbakır im kurdisch geprägten Südosten des Landes stattfand.³⁵

23. Dezember 2024

Verhaftungen und Ermittlungen wegen kritischer Äußerungen nach Tod kurdischer Medienschaffender in Syrien

Medienberichten zufolge sind am 22.12.24 neun Personen, darunter sieben Journalisten, nach einer Protestkundgebung in Istanbul zum Gedenken an die in Syrien zu Tode gekommenen kurdischen Medienschaffenden Nazım Daştan und Cihan Bilgin festgenommen worden.

Die Demonstration wurde u.a. von der Journalistenvereinigung Dicle Fırat (DFG) organisiert, die die Interessen kurdischer Medienschaffender in der Türkei vertritt. Fünf weitere Journalisten wurden unter gerichtlichen Auflagen wieder freigelassen.

Türkischen Medien zufolge lagen gegen die in Syrien getötete Journalistin und ihren Kollegen Haftbefehle wegen Mitgliedschaft in der als Terrororganisation eingestuften Kurdischen Arbeiterpartei PKK vor. Die Istanbul Generalstaatsanwaltschaft hat eine Untersuchung gegen den Präsidenten der Istanbul Rechtsanwaltskammer, İbrahim Kaboğlu, und Mitglieder des Kammervorstands wegen ihrer Aussage eingeleitet, dass gezielte Angriffe auf Journalisten in Konfliktgebieten einen Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konvention darstellen. Die Generalstaatsanwaltschaft wirft ihnen „Propaganda für eine illegale Organisation“ und „Verbreitung irreführender Informationen in der Öffentlichkeit“ vor.³⁶

- 1 Duvar English: Istanbul police batter, torture lawyers at station to see clients, 28.06.24; Stockholm Center for Freedom: Lawyer alleges brutal assault by Istanbul police, 27.06.24; Gazete Duvar: Vatan Emniyet'te avukatlara ölümcül dayak: Savcı 'otopsi için gelirim' dedi [Lawyers fatally beaten at Vatan Security Directorate: Prosecutor says 'I will come for autopsy'], 27.06.24; Anka Haber Ajansı: Polisler tarafından darp edildiğini ileri süren avukat, şikayetçi oldu [Lawyer claims he was beaten by police officers and files a complaint], 27.06.24; Aktif Haber: İstanbul Emniyetinde avukatlara saldırı [Attack on lawyers at Istanbul Police Headquarters], 27.06.24; Cumhuriyet: Emniyette avukata darp iddiası: Polislerden şikayetçi oldu [Emniyette avukata darp iddiası: Polislerden şikayetçi oldu], 27.06.24; Evrensel: İstanbul'da müvekkilleri ile görüşmek isteyen avukatlar darbedildi [Lawyers were beaten in Istanbul while trying to meet with their clients], 27.06.24; Artı Gerçek: Avukat Kandemir: İstanbul Emniyet Müdürlüğü'nde polisler tarafından öldürüsiye dövüldük [Lawyer Kandemir We were beaten to death by police officers at Istanbul Security Directorate], 27.06.24.
- 2 Deutsche Welle: Türkiye: Ein Land zwischen Scharia und Demokratie, 27.06.24; Cumhuriyet: Diamond Tema'yı ölümlle tehdit etmişlerdi: LDP'den suç duyurusu [They threatened Diamond Tema with death: Criminal complaint from LDP], 28.06.24; Cumhuriyet: Diamond Tema hakkında yakalama kararı çıkartıldı [Arrest warrant issued for Diamond Tema], 18.06.24; Evrensel: Sen şeriatı savundun!: Diamond Tema ve laiklik tartışmaları [You defended Sharia!.: Diamond Tema and the secularism debate], 26.06.24; Rudaw: Bakan Tunç duyurdu: Diamond Tema hakkında yakalama kararı [Minister Tunç announced: Arrest warrant for Diamond Tema], 18.06.24; Euronews: Diamond Tema, tutuklama tehditleri üzerine yurt dışında olduğunu açıkladı [Diamond Tema announces he is abroad after threats of arrest], 18.06.24; TRT Haber: Diamond Tema hakkında yakalama kararı [Arrest warrant for Diamond Tema], 18.06.24; Artı Gerçek: YouTuber Diamond Tema hakkında soruşturma [Investigation into YouTuber Diamond Tema], 16.06.24.
- 3 Deutsche Welle: Turkey: Istanbul's banned Pride Parade leads to arrests, 30.06.2024; Turkish Minute: 15 demonstrators detained during banned Pride march in İstanbul, 01.07.2024; Voice of America: Turkey arrests at least 15 protesters at Pride rally, 30.06.24; Tagesschau: Hunderte trotzen Pride-Verbot in İstanbul, 30.06.24; Bianet English: İstanbul's LGBTI+ activists hold Pride March in unexpected location to circumvent bans, 01.07.24; Duvar English: Turkey detains at least 15 protesters at LGBTI+ pride march, 01.07.24; Spiegel Online: Gouverneur untersagt Pride-Parade in İstanbul, Menschen demonstrieren trotzdem, 30.06.24; Zeit Online: Gouverneur von İstanbul verbietet Pride-Parade, 30.06.24; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Hunderte feiern trotz Verbots die Pride-Parade in İstanbul, 30.06.24; Deutschlandfunk: Trotz Verbots zieht Pride-Parade durch İstanbul, 01.07.24, Duvar English: Turkish gov't locks down İstanbul for second time in week due to LGBTI+ pride march, 30.06.24.
- 4 The New York Times: With Fists and Knives, Mobs Attack Syrian Refugees in Turkey, 02.07.24; Middle East Monitor: Anti-Syrian riot breaks out in Turkish city, 01.07.24; Daily Sabah: Riots break out after alleged harassment of child in central Türkiye, 01.07.24; Al Jazeera: Protests and arrests as anti-Syrian riots rock Turkey, 02.07.24; Deutsche Welle: Hass auf syrische Flüchtlinge in der Türkei, 02.07.24; Tagesschau: Gewalt auf beiden Seiten der Grenze, 02.07.24; Duvar English: Racist attacks against Syrian refugees accelerate across Turkey, 02.07.24; Duvar English: Local mob vandalizes Syrian homes, businesses in central Turkey, 01.07.24; Turkish Minute: 474 detained after anti-Syrian riots spread across Turkey in xenophobic outburst, 02.07.24; CNN: Turkish officials call for calm as social media hysteria fuels anti-Syrian riots, 01.07.24; Bianet English: 15-year-old Syrian child fatally stabbed in Antalya amid anti-refugee violence, 04.07.24; Bianet English: More than 1,000 individuals detained across Turkey over anti-refugee violence, 05.07.24; TRT Haber: Bakan Yerlikaya: Kayseri'deki provokasyonlarla ilgili 28 kişi tutuklandı [Minister Yerlikaya: 28 arrested in connection with provocations in Kayseri], 05.07.24; Turkish Minute: 41 arrested for involvement in anti-Syrian unrest across Turkey: minister, 05.07.24; Turkish Minute: Teenage Syrian refugee killed amid wave of racist attacks in Turkey, 03.07.24; Duvar English: Turkish court arrests three for murdering Syrian teen in wave of racist attacks, 05.07.24; Stockholm Center for Freedom: 41 arrested for involvement in anti-Syrian unrest across Turkey: minister, 06.07.24; Time: What to Know About Anti-Syrian Unrest in Turkey, 03.07.24; Stockholm Center for Freedom: Major data breach amid racist attacks: IDs of Syrians in Turkey circulate online, 06.07.24; Rudaw: Turkey launches investigation over leaked Syrian migrant data, 05.07.24; The National: Mass leak of personal data sparks fear among Turkey's Syrian refugees, 05.07.24; TAZ: Daten-Leak gefährdet Menschen, 07.07.24.
- 5 Turkish Minute: Turkey's media watchdog revokes radio station license over 'Armenian genocide' reference, 03.07.24; Stockholm Center for Freedom: RSF calls on Turkey to reinstate Açık Radyo's broadcasting license, 09.07.24; Turkish Minute: Int'l press groups call on Turkey to reinstate Açık Radyo's license, 10.07.24; International Press Institute: Turkey: Freedom of the press and expression groups condemn broadcast regulator's silencing of Açık Radyo, 10.07.24; Bianet: Basın ve ifade özgürlüğü kuruluşları, RTÜK'ün Açık Radyo'yu susturmasını kınadı [Press and freedom of expression organizations condemn RTÜK's silencing of Açık Radyo], 11.07.24; Turkish Minute: İstanbul court issues stay on revocation of Açık Radyo's broadcasting license, 11.07.24; Açık Radyo: Kamuoyuna Duyuru – IV: Yargısal Sürece Yönelik Bilgilendirme [Public Announcement - IV: Information on the Judicial Process], 10.07.24; Duvar English: Turkish court issues stay of execution for revocation of radio channel's license, 10.07.24; Stockholm Center for Freedom: İstanbul court issues stay on revocation of Açık Radyo's broadcasting license, 11.07.24; BBC Türkçe: RTÜK'ün Açık Radyo'ya verdiği ceza ile ilgili yürütmeyi durdurma kararı [RTÜK's decision to suspend execution on Açık Radyo's fine], 10.07.24; Voice of America Türkçe: Mahkeme RTÜK'ün Açık Radyo kararını durdurdu: Bundan sonra ne olacak? [The court suspended RTÜK's decision on Açık Radyo: What happens next?], 11.07.24.

-
- 6 Artı Gerçek: Sekiz gazeteciye 6 yıl 3'er ay hapis cezası [Eight journalists sentenced to 6 years and 3 months each], 03.07.24; Stockholm Center for Freedom: Turkish journalist sentenced in absentia for insulting Erdoğan, 11.07.24; Artı Gerçek: Gazeteci Hayko Bağdat hakkında hem beraat hem hapis cezası [Journalist Hayko Baghdad acquitted and sentenced to prison, 10.07.24; Stockholm Center for Freedom: Press freedom NGO criticizes harsh sentences for journalists in Turkey, 11.07.24; Stockholm Center for Freedom: 8 Kurdish journalists sentenced to over 6 years' imprisonment in Turkey, 04.07.24; Birgün: Adliyeler haber merkezine dönüştü: 6 ayda 36 gazeteciye 66 yılı aşkın hapis cezası! [Courthouses turned into news centers: 36 journalists sentenced to more than 66 years in prison in 6 months!], 08.07.24; Stockholm Center for Freedom: 515 journalists prosecuted in Turkey in past 6 months: report, 09.07.24.
- 7 Bianet: Yargıtay, "darbe yöneticiliği"nden 138'er kez ağırlaştırılmış müebbet hapis cezalarını onadı [Court of Cassation upholds 138 times aggravated life sentences each for "coup leadership"], 17.07.24; ODA TV: 'Darbe' flash belleklerinden neler çıktı: Gülen KKTC'ye gelecekti [What came out of the 'coup' flash drives: Gülen was coming to TRNC], 17.07.24; Turkish Minute: Turkey has investigated more than 700K people over Gülen links since failed coup: minister, 12.07.24; Samanyolu Haber: Yargıtay, hukuksuz Genelkurmay çatı davası kararlarını onadı [Court of Cassation upholds unlawful General Staff roof trial verdicts], 18.07.24; Milli Gazete: Yargıtay 'Genelkurmay Çatı Davası' cezalarını onadı [Court of Cassation upholds sentences in 'General Staff Roof Case'], 17.07.24; Sabah: Yargıtay, çatı davası cezalarını onadı [Supreme Court upholds sentences in roof case], 18.07.24; Deutsche Welle Türkçe: Yargıtay'dan 15 Temmuz için "tatili yarıda kesme" içtihadı [Court of Cassation's jurisprudence on "interrupting vacation" for July 15], 18.07.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey's top court upholds life sentences of 17 defendants in main coup trial, 18.07.24.
- 8 İHD: İHD 2024 yılı ilk 6 aylık Bölge İnsan Hakları İhlali Raporu: 3 bin 895 hak ihlali gerçekleşti! [HRA Human Rights Violation Report for the first 6 months of 2024: 3,895 rights violations!], 17.07.24; Stockholm Center for Freedom: NGO report documents nearly 4,000 rights violations in east and southeast Turkey in first half of 2024, 17.07.24; Bianet: Rights group finds nearly 3,900 violations in Kurdish regions in 6 months, 17.07.24; Bianet: İHD: 6 ayda Doğu ve Güneydoğu'da en az 3 bin 895 hak ihlali yaşandı [HRA At least 3,895 rights violations in the East and Southeast in 6 months], 17.07.24; Turkish Minute: NGO report documents nearly 4,000 rights violations in east and SE Turkey in first half of 2024, 18.07.24; Halk TV: İHD: Doğu ve Güneydoğu'da 6 Ayda 3 Bin 895 Hak İhlali Yaşandı [İHD 3,895 Rights Violations in East and Southeast in 6 Months], 17.07.24; Anka Haber Ajansı: İHD Diyarbakır Şubesi'nin 'Doğu ve Güneydoğu İnsan Hakları İhlalleri Raporu': Bölgede 6 ayda 3 bin 895 hak ihlali yaşandı [İHD Diyarbakır Branch's 'East and Southeast Human Rights Violations Report': 3,895 rights violations in the region in 6 months], 17.07.24; Mezopotamya Ajansı: İHD'den 6 aylık rapor: 3 bin 895 hak ihlali [İHD's 6-month report: 3,895 rights violations], 17.07.24; Birgün: 6 ayda 3 bin 895 hak ihlali [3,895 rights violations in 6 months], 18.07.24; Voice of America Türkçe: Kötü insan hakları karnesi ekonomiyi nasıl etkiler? [How a poor human rights record affects the economy], 17.07.24; Diyarbakır Yenigün: Bölgede 6 ayda 3 bin 895 hak ihlali yaşandı [3,895 rights violations in the region in 6 months], 17.07.24.
- 9 Stockholm Center for Freedom: Turkey detains 73 over Gülen links in defiance of ECtHR ruling, 23.07.24; Turkish Minute: ECtHR faults Turkey for conviction of teacher over Gülen links in landmark decision, 26.09.23; TRT Haber: FETÖ'ye 16 ilde 'KISKAÇ' operasyonu: 73 gözaltı ['KISKAÇ' operation against FETÖ in 16 provinces: 73 detained], 22.07.24; Anadolu Ajansı: FETÖ'ye yönelik "Kıskaç-23" operasyonunda 4 günde 73 şüpheli yakalandı [73 suspects arrested in 4 days in "Kıskaç-23" operation against FETÖ], 23.07.24; İhlas Haber Ajansı: İçişleri Bakanı Ali Yerlikaya: "16 ilde FETÖ'ye yönelik son 4 gündür devam eden 'Kıskaç-23' operasyonlarında 73 şüpheli yakalandı." [Minister of Interior Ali Yerlikaya: "73 suspects were arrested in the 'Kıskaç-23' operations against FETÖ in 16 provinces in the last 4 days."], 22.07.24; Milliyet: 16 ilde FETÖ'ye Kıskaç-23 operasyonu! 73 kişi yakalandı [Operation Kıskaç-23 against FETÖ in 16 provinces! 73 people arrested], 22.07.24; Bold Medya: AİHM Türkiye'yi tazminata mahkum ederken Yerlikaya yine 'editlenmiş' video ile yaptıkları operasyonu duyurdu [While the ECHR sentenced Turkey to compensation, Yerlikaya again announced the operation with an 'edited' video], 22.07.24.
- 10 Turkish Minute: Turkey blocks access to Instagram, 02.08.24; Stockholm Center for Freedom: Turkish top court's ruling on Erdoğan's propaganda center deleted amid Instagram ban, 02.08.24; Euronews: Anayasa Mahkemesi, Cumhurbaşkanlığı kararnamesiyle İletişim Başkanlığı'na verilen yetkiyi iptal etti [Constitutional Court annuls the authority granted to the Directorate of Communications by presidential decree], 02.08.24; Turkish Minute: Turkish top court's ruling on Erdoğan's propaganda center deleted amid Instagram ban, 02.08.24; Voice of America Türkçe: Instagram'ın kapatıldığı Türkiye'de AYM ile İletişim Başkanlığı arasında çekişme [Conflict between the Constitutional Court and the Directorate of Communications in Turkey, where Instagram was shut down], 02.08.24; Deutsche Welle Türkçe: Türkiye'nin sansür karnesi: 953 bin erişim engeli [Turkey's censorship report: 953 thousand accesses blocked], 02.08.24; Spiegel Online: Türkei sperrt Zugang zu Instagram, 02.08.24; Tagesschau: Türkei sperrt Zugang zu Instagram, 02.08.24; NTV: Beileid für Hamas-Mann blockiert: Türkei sperrt nach Zensur-Vorwurf Instagram, 02.08.24; Frankfurter Rundschau: Wegen „Katalogstraftaten“ – Erdogan lässt Instagram in der Türkei sperren, 02.08.24; Der Standard: Instagram in der Türkei ohne offiziellen Grund gesperrt, 02.08.24; Turkish Minute: Turkey bans access to social storytelling platform Wattpad, 17.07.24; Bianet: Turkey becomes first country to ban Wattpad, 18.07.24; Duvar English: Turkey's Constitutional Court website down after ruling on presidency's censorship practices, 02.08.24; Frankfurter Rundschau: „Katalogstraftaten“ führen zur Sperrung von Instagram in der Türkei – Erdogan, 04.08.24 Deutsche Welle Türkçe: Türkiye'de Instagram'a erişim engellendi [Access to Instagram blocked in Turkey], 02.08.24.
- 11 Duvar English: Turkey lifts access ban on Instagram, which 'promised to meet our demands regarding catalog crimes,' says minister, 10.08.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey restores access to Instagram after nine days, 11.08.24; Deutschlandfunk: Zugang zur Online-Plattform Instagram wieder frei, 11.08.24; Süddeutsche Zeitung: Erdoğan hebt Instagram-Sperre auf, 11.08.24; T-Online: Türkei hebt Instagram-Sperre wieder auf, 11.08.24; Tagesspiegel: Plattform war länger als eine Woche nicht zu erreichen: Türkei hebt Instagram-Sperre wieder auf, 11.08.24.

-
- 12 Stockholm Center for Freedom: Turkish police continue to detain people for singing Kurdish songs, 06.08.24; Yeni Yaşam: Osmaniye'de 'halay' gözaltısı ['halay' detention in Osmaniye], 06.08.24; Duvar English: Some 11 people arrested in Istanbul after dancing halay to Kurdish music, 28.07.24; ANF News: İstanbul'da Kürtçe halaya 11 tutuklama [11 arrested for Kurdish halay in Istanbul], 28.07.24; Rudaw: İSTANBUL- Düğünde halay çeken 11 kişi 'PKK propagandasından' tutuklandı! [ISTANBUL- 11 arrested for 'PKK propaganda' after dancing halay at wedding], 28.07.24; Duvar English: Turkish police raid wedding, detain guests for playing 'political' Kurdish songs, 29.07.24; Turkish Minute: Police detain people over Kurdish songs played at weddings in eastern Turkey, 30.07.24.
- 13 Stockholm Center for Freedom: Diyarbakır governor once again orders removal of Kurdish-language traffic signs, 06.08.24; Artı Gerçek: Diyarbakır'da DEM Partili belediyenin Kürtçe trafik yazıları valilik emriyle bir kez daha silindi [Kurdish traffic signs of DEM Party municipality in Diyarbakır erased once again by governorate order], 05.08.24; Duvar English: Vandalism of Kurdish traffic signs continues with new attack in Diyarbakır, 29.07.24; Turkish Minute: Kurdish-language traffic signs defaced in eastern Turkey, 30.07.24; Bianet English: Authorities remove Kurdish traffic signs in several cities, 31.07.24.
- 14 Stockholm Center for Freedom: Kurdish teenagers allegedly mistreated by police in SE Turkey, 02.08.24; Mezopotamya News Agency: Polislerin alıkoyduğu gençler yaşadıkları şiddeti anlattı [Youth detained by police officers describe the violence they suffered], 02.08.24; Yeni Yaşam: Gever'de alıkonulan gençler gözaltında şiddeti anlattı [Young people detained in Gever describe violence in custody], 02.08.24; ANF News: Gever'de gençlere polis şiddeti protesto edildi [Police violence against youth protested in Gever], 02.08.24; Politika: İşkence sorusu: Kurdistan nerede? [The question of torture: Where is Kurdistan?], 02.08.24; Yeni Yaşam: Haber alınamayan gençler işkence edilmiş halde bulundu [Unaccounted for youth found tortured], 01.08.24; Yüksekova Halkın Sesi: DEM Parti Yüksekova'da 8 kişinin polis tarafından darp edildiği iddialarını meclise taşıdı [DEM Party has brought the allegations that 8 people were beaten by the police in Yüksekova to parliament], 01.08.24; Yeni Demokrasi Gazetesi: Gever'de polis tarafından kaçırılan gençlere işkence [Torture of youth abducted by police in Gever], 02.08.24.
- 15 Bianet: Three men arrested in Balıkesir for 'listening to Kurdish music', 23.08.24; ANF News: Three construction workers imprisoned in Balıkesir for listening to Kurdish music, 22.08.24; Mezopotamya Ajansı: Kürtçe müzik dinleyen işçi tutuklandı [Worker arrested for listening to Kurdish music], 22.08.24; Gazete Duvar: DEM Partili Aydeniz'den Balıkesir'deki Kürt işçiler için soru önergesi [DEM Party's Aydeniz raises parliamentary question for Kurdish workers in Balıkesir], 23.08.24; Gazete Pencere: Kürtçe müzik dinleyen 3 işçi tutuklandı [3 workers arrested for listening to Kurdish music], 22.08.24; Artı Gerçek: Kürtçe müzik dinleyen 3 işçi tutuklandı [3 workers arrested for listening to Kurdish music], 22.08.24.
- 16 Turkish Minute: Prosecutor charges 16-year-old with insulting Erdoğan, 29.08.24; Duvar English: 16-year-old child faces lawsuit over 'insulting President' in Turkey, signs on bail every week, 29.08.24; Birgün: Çocukları bile içeri tıkacaklar! [They will even lock up children!], 29.08.24; Artı Gerçek: 16 yaşındaki çocuğa Cumhurbaşkanı'na hakaretten dava: Savcı ceza istedi [Case against 16-year-old for insulting the President: Prosecutor asks for punishment], 29.08.24; Ege Postası: Cumhurbaşkanı'na hakaretten 16 yaşındaki çocuğa dava! [Lawsuit against 16-year-old for insulting the President!], 29.08.24; Yeni Yaşam: 16 yaşındaki çocuğa Cumhurbaşkanı'na hakaretten dava [16-year-old charged with insulting the President], 29.08.24; TR 724: 16 yaşındaki çocuğa Erdoğan'a hakaretten dava; savcı cezalandırılmasını istedi [Case against 16-year-old for insulting Erdoğan; prosecutor demands punishment], 29.08.24.
- 17 Turkish Minute: Over 5,000 cases of torture and abuse documented in Turkey in 2023: report, 28.08.24; Stockholm Center for Freedom: Over 5,000 cases of torture and abuse documented in Turkey in 2023: report, 27.08.24; Stockholm Center for Freedom: Over 40 CSOs point to systematic torture practices, impunity in Turkey for UN review, 12.07.24; İnsan Hakları Derneği: 2023 Yılı Hak İhlalleri Raporu [Report on infringements 2023], 23.08.24; Stockholm Center for Freedom: UN torture committee questions Turkey's permanent state of emergency laws, treatment of detainees and judicial independence, 19.07.24; Office of the High Commissioner for Human Rights: Experts of the Committee against Torture Commend Türkiye on its Strong Commitment to Fight Violence against Women, Ask about Life Sentences in Prison and the Communication of Detainees with Family Members, 18.07.24.
- 18 Turkish Minute: Turkey detains 34 people over alleged Gülen links, 05.09.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey detains 34 people over alleged Gülen links, 05.09.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey detains 20 people over alleged Gülen links, 28.08.24; Turkish Minute: Turkey detains 20 people over alleged Gülen links, 28.08.24; Anadolu Ajansı: FETÖ'ye yönelik "Kıskaç-26" operasyonlarında 34 şüpheli gözaltına alındı [34 suspects detained in "Kıskaç-26" operations against FETÖ], 05.09.24; TRT Haber: 19 ilde FETÖ'ye 'Kıskaç-26' operasyonu: 34 gözaltı ['Pincer-26' operation against FETÖ in 19 provinces: 34 detained], 05.09.24; Milliyet: FETÖ'ye yönelik KISKAÇ-26 operasyonu: 19 ilde 34 şüpheli gözaltında [Operation KISKAÇ-26 against FETÖ: 34 suspects detained in 19 provinces], 05.09.24.
- 19 Serbestiyet: ÖZEL HABER | TikTok'ta Türkiye'den Avrupa'ya iltica danışmanlığı: "Sahte tutuklama kararı, HDP kimlik kartı, UYAP'ta görünen iddianameler üretilir, FETÖ, LGBT, Alevi hikayeleri yazılır" [SPECIAL NEWS | Asylum counseling from Turkey to Europe on TikTok: "Fake arrest warrants, HDP ID cards, indictments appearing on UYAP are produced, FETÖ, LGBT, Alevi stories are written"], 19.09.24; Turkish Minute: Smugglers upload forged documents to Turkey's judicial database to help asylum claims: report, 19.09.24; Gerçek Gündem: Türkiye'den Avrupa'ya İlticada Yeni Yöntem! Artık TikTok da Bu İşin İçinde [New Method for Asylum from Turkey to Europe! Now TikTok is also involved], 20.09.24; Neue Zürcher Zeitung: Verdacht auf gewerbsmäßigen Asylmissbrauch: deutlich weniger Türken erhalten in der Schweiz Schutz, 22.07.24; Blick: Bestechnliche türkische Staatsanwälte stellen Fake-Papiere aus, 23.11.24; Blick: Türken versuchen mit falschem Haftbefehl Asyl zu erschleichen, 11.12.23; Tagesanzeiger: Türken sollen mit falschen Haftbefehlen Asyl bekommen haben – SEM widerspricht, 11.12.23; 20min: Wollen sich Türken Asyl mit Fake-Haftbefehlen erschleichen?, 11.12.23.

- 20 Bianet: Diyarbakır'da gözaltına alınan 28 kişiden yedisi serbest bırakıldı [Seven of the 28 people detained in Diyarbakır were released], 27.09.24; Artı Gerçek: Kürtçe eğitim kurumlarına baskınlar: Gözaltına alınan öğretmenler adliye sevk edildi [Raids on Kurdish education institutions: Detained instructors sent to courthouse], 27.09.24; Stockholm Center for Freedom: Turkish police raid Kurdish language center and bookstore, 24.09.24; Bianet: MED-DER, Payiz Pirtûk ve Anka Dil ve Sanat Eğitim Kooperatifi'ne polis baskını [Police raid on MED-DER, Payiz Pirtûk and Anka Language and Art Education Cooperative], 24.09.24; ANF News: Neuer Schlag gegen die kurdische Sprache und Kultur, 24.09.24; ANF News: Anwaltskammern fordern Freilassung von Kurdisch-Lehrkräften, 27.09.24; Bianet: Diyarbakır merkezli soruşturma kapsamındaki gözaltı sayısı 29'a yükseldi [Number of detainees in Diyarbakır-based investigation rises to 29], 25.09.24; Gazete Duvar: Diyarbakır'da MED DER ve Payiz Pirtûk baskını: Kürt diline ve kültürüne tahammülsüzlük [MED DER and Payiz Pirtûk raid in Diyarbakır: Intolerance of Kurdish language and culture], 24.09.24; Artı Gerçek: MED-DER ve Payiz Pirtûk'a polis baskını: Kürtçe dil eğitim kitaplarına el konuldu, öğretmenler gözaltında [Police raid on MED-DER and Payiz Pirtûk: Kurdish language education books seized, instructors detained], 24.09.24; Bianet: Polis, Payiz Pirtûk'ta 409 kitap, 144 dergi ve gazeteye el koydu [Police seized 409 books, 144 magazines and newspapers from Payiz Pirtûk], 24.09.24; Evrensel: Diyarbakır'daki operasyonlarda gözaltı süresi uzatıldı [Detention period extended in Diyarbakır operations], 25.09.24.
- 21 Gazete Duvar: 'Kanun Hükmü' bu yıl da sansüre takıldı: Özgür Portakal'da gösterimi yasaklandı ['The Provision of Law' was censored again this year: Banned from screening at Free Orange], 03.10.24; Cumhuriyet: Kanun Hükmü'nün gösterimi bir kez daha engellendi [The screening of The Provision of Law was once again blocked], 03.10.24; Yeni Yaşam: 'Kanun Hükmü'nün gösterimine yasak [Ban on screening of Provision of Law'], 04.10.24; Evrensel: Kanun Hükmü'ne bir sansür daha: Özgür Portakal'da gösterimi yasaklandı [Another censorship on Provision of Law: Banned from screening at Free Orange], 04.10.24; Artı Gerçek: 'Özgür Portakal' Valilik engeline takıldı: 'Kanun Hükmü' yine yasaklandı ['Free Orange' blocked by the Governorate: 'Provision of Law' banned again], 04.10.24; Stockholm Center for Freedom: Documentary on Turkey's post-coup purge victims banned again for being 'provocative', 04.10.24; TR724: 'Kanun Hükmü' belgeselin gösterimi bir kez daha engellendi [Screening of the documentary Provision of Law' blocked once again], 04.10.24; Yeşil Gazete: Kanun Hükmü, Özgür Portakal'da da yasaklandı [Provision of Law, also banned in Free Orange], 04.10.24.
- 22 Medya News: Turkish court upholds 9-year prison sentence for former Diyarbakır mayor Selçuk Mızraklı, 10.10.24; Birgün: Yargıtay, Selçuk Mızraklı'ya verilen hapis cezasını onadı [The Supreme Court approved the prison sentence given to Selçuk Mızraklı], 10.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey's top court upholds prison sentence for ousted Kurdish mayor in retrial, 11.10.24; ANF News: Urteil gegen früheren Oberbürgermeister von Amed rechtskräftig, 11.10.24; Artı Gerçek: Selçuk Mızraklı'nın avukatı Muhsin Bilal: Yargıtay kararı normalleşmenin illüzyon olduğunu gösteriyor [Selçuk Mızraklı's lawyer Muhsin Bilal: The Supreme Court decision shows that normalization is an illusion], 11.10.24; Yeni Özgür Politika: Yargıtay, kararına rağmen Mızraklı'ya cezayı onadı [Despite its decision, the Supreme Court upheld the sentence for Mızraklı], 10.10.24; Turkish Minute: Turkey's top court upholds prison sentence for ousted Kurdish mayor in retrial, 10.10.24; Rudaw: Selçuk Mızraklı'ya verilen ceza onandı [Sentence given to Selçuk Mızraklı was approved], 10.10.24; Evrensel: Avukat Aktar: Cezalandırılan, Selçuk Mızraklı'nın siyasi tavrıdır [Lawyer Aktar: What is being punished is Selçuk Mızraklı's political stance], 11.10.24; Voice of America Türkiye: Eski Diyarbakır Büyükşehir Belediye Başkanı Mızraklı'ya verilen hapis cezası onandı [The prison sentence given to former Diyarbakır Metropolitan Municipality Mayor Mızraklı was upheld], 10.10.24; Evrensel: Yargıtay, Selçuk Mızraklı'ya verilen hapis cezasını onadı [The Supreme Court approved the prison sentence given to Selçuk Mızraklı], 10.10.24.
- 23 Euronews: Fethullah Gülen hayatını kaybetti [Fethullah Gulen passed away], 21.10.24; Birgün: Fethullah Gülen öldü [Fethullah Gulen is dead], 21.10.24; Duvar English: Fethullah Gülen, leader of Gülen movement, dies in US at 83, 21.10.24; Voice of America Türkiye: Gülen'e yakınlığıyla bilinen internet siteleri: "Fethullah Gülen öldü" [Websites known to be close to Gülen: "Fethullah Gülen is dead"], 21.10.24; Hürriyet Daily News: FETÖ leader Gülen dies in US: Report, 21.10.24; CNN Türk: SON DAKİKA! FETÖ elebaşı Fethullah Gülen öldü [Breaking News: FETÖ ringleader Fethullah Guden dead], 21.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey has investigated more than 700K people over Gülen links since failed coup: minister, 12.07.24; Turkish Minute: Turkish-Islamic scholar Gülen dies aged 83, 21.10.24; Berliner Zeitung: Fethullah Gülen: Erzfeind Erdogans ist tot, 21.10.24; NTV: SON DAKİKA HABERİ: Terör örgütü lideri Fethullah Gülen öldü [BREAKING NEWS: Terrorist organization leader Fethullah Gülen dies], 21.10.24; Süddeutsche Zeitung: Medienberichte: Türkischer Prediger Gülen ist tot, 21.10.24; Welt: Erdogan-Gegner Fethullah Gülen gestorben, 21.10.24; Artı Gerçek: Yayın organı duyurdu: Fetullah Gülen öldü [The broadcaster announced: Fetullah Gulen is dead], 21.10.24; Deutsche Welle Türkçe: Fethullah Gülen'in öldüğü açıklandı [Fethullah Gulen declared dead], 21.10.24; Cumhuriyet: FETÖ elebaşı Fethullah Gülen, kurduğu kumpasın yıl dönümünde öldü [FETÖ ringleader Fethullah Gülen dies on the anniversary of the conspiracy he set up], 21.10.24; Deutsche Welle Türkçe: Fethullah Gülen: Kestanepazarı'ndan Pensilvanya'ya [Fethullah Gülen: From Kestanepazari to Pennsylvania], 21.10.24.
- 24 TRT Haber: Ankara'da FETÖ/PDY soruşturması: 39 gözaltı kararı [FETÖ/PDY investigation in Ankara: 39 detention warrants], 08.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey issues detention warrants for 39, including active-duty soldiers, over alleged Gülen links, 09.10.24; Demirören Haber Ajansı: Ankara'da FETÖ'nün 'mahrem' yapılmalarına 39 gözaltı kararı [39 detention warrants issued against FETÖ's 'intimate' structures in Ankara], 08.10.24; Anadolu Ajansı: Ankara'da FETÖ soruşturmasında 39 gözaltı kararı [39 detention warrants in FETÖ investigation in Ankara], 08.10.24.
- 25 Duvar English: Over 500 buildings lightly damaged in eastern Turkey quake, 17.10.24; Reuters: Earthquake damages buildings in eastern Turkey, rattles Syria, 16.10.24; Bianet English: Powerful earthquake strikes Turkey's Malatya, one of the cities devastated by February 2023 quakes, 16.10.24; Augsburg Allgemeine: Türkei erneut von Erdbeben getroffen, 18.10.24; Turkish Minute: Eastern Turkey rattled by magnitude 5.9 earthquake, 16.10.24; Berliner Morgenpost: Häuser eingestürzt: Erdbeben erschüttert Teile der Türkei, 16.10.24; Tagesspiegel: Malatya erneut betroffen: Erdbeben der Stärke 5,9 erschüttert Türkei, 16.10.24.

-
- 26 Deutsche Welle: Die Türkei, die Kurden und die PKK, 25.10.24; CNN: Five killed, 22 injured in terror attack on Turkish aerospace company, 24.10.24; ANF News: HPG bekennen sich zu Angriff in Ankara, 25.10.24; Politico: Turkey's outlawed Kurdish rebel leader is back — thanks to his nemesis, 24.10.24; Bloomberg: Why Release of PKK Leader is Under Discussion in Turkey, 25.10.24; Spiegel Online: PKK reklamiert Anschlag in Ankara für sich, 25.10.24; Tagesschau: PKK bekennt sich zu Anschlag in Ankara, 25.10.24; Kronenzeitung: Türkei bombardiert nach Anschlag Syrien und Irak, 24.10.24; T-Online: Türkische Regierung identifiziert nach Anschlag beide Angreifer, 24.10.24; Deutsche Welle: Harte Reaktion der Türkei auf Anschlag in Ankara, 24.10.24; Euronews: Nach Anschlag auf Rüstungsunternehmen: Türkei greift kurdische Kämpfer an, 24.10.24; Zeit Online: PKK reklamiert Anschlag nahe Ankara für sich, 25.10.24.
- 27 Stockholm Center for Freedom: UN-protected Turkish refugees deported to Turkey by Kenya held at Ankara police station, 23.10.24; BBC: UN 'deeply concerned' Kenya returned Turkish refugees, 21.10.24; Nordic Monitor: Document shows Turkish diplomats spied on an Erdogan critic who was kidnapped in Kenya, 23.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkish citizens under UN protection feared to have been abducted by Turkish intelligence in Kenya, 18.10.24; Reuters: Kenya says it deported four Turkish refugees back home, 21.10.24; Business Daily: Four Turkish refugees repatriated, PS confirms, 21.10.24; Stockholm Center for Freedom: Kenyan government confirms deportation of 4 Gülen-linked Turks, 21.10.24; Deutsche Welle Türkçe: Kenya'nın dört Türk vatandaşını iadesine BM'den tepki [UN reacts to Kenya's extradition of four Turkish citizens], 22.10.24.
- 28 The Armenian Mirror Spectator: ECHR Rules Turkey Violated Right to Fair Trial of 10 Judges and Prosecutors, 24.10.24; Stockholm Center for Freedom: ECtHR rules Turkey violated right to fair trial of 10 judges and prosecutors, 22.10.24.
- 29 Birgün: Ahmet Türk: Bu açılım değildir, normalleşme dedikleri bu görüntülerdir [Ahmet Türk: This is not an opening, these images are what they call normalization], 04.11.24; France 24: Turkey sacks three more mayors in Kurdish-majority southeast, 04.11.24; N-TV: Türkei setzt drei Bürgermeister im kurdisch geprägten Südosten des Landes ab, 04.11.24; ANF News: Regime reißt Stadtverwaltungen von Mêrdîn, Êlih und Xelfetî an sich, 04.11.24; BBC News Türkçe: Esenyurt Belediye Başkanı Ahmet Özer'in tutuklanıp görevden uzaklaştırılması hakkında neler biliyoruz? [What do we know about the arrest and suspension of Esenyurt Mayor Ahmet Özer?], 30.10.24; NTV: Prof. Dr. Ahmet Özer kimdir, nereli, neden gözaltına alındı? (Ahmet Özer'in özgeçmişi) [Who is Prof. Dr. Ahmet Özer, where is he from, why was he detained? (Ahmet Özer's CV)], 30.10.24; Deutsche Welle Türkçe: Esenyurt Belediye Başkanı Ahmet Özer kimdir? [Who is Ahmet Özer, Mayor of Esenyurt?], 30.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey detains main opposition party mayor over alleged links to PKK, 30.10.24; Frankfurter Allgemeine Zeitung: Lokalpolitiker wegen angeblicher PKK-Verbindung festgenommen, 30.10.24; Frankfurter Rundschau: Erdogan-Regierung geht gegen Opposition vor: Kurdischer Bürgermeister in Istanbul verhaftet, 01.11.24; BBC News Türkçe: Mardin, Batman ve Halfeti belediyelerine kayyum atandı [Trustees appointed to Mardin, Batman and Halfeti municipalities], 04.11.24; Cumhuriyet: Batman Belediye Başkanı Gülistan Sönük kimdir? Gülistan Sönük kaç yaşında, nereli? Gülistan Sönük neden görevden alındı? [Who is Batman Mayor Gülistan Sönük? How old is Gülistan Sönük and where is she from? Why was Gülistan Sönük dismissed?], 04.11.24.
- 30 Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu: Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu 2024 Ekim Raporu [We Will Stop Femicide Platform October 2024 Report], 05.11.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey sets grim record in monthly femicides, 05.11.24; Zeit Online: Hunderte protestieren in der Türkei gegen Gewalt gegen Frauen, 12.10.24; Stockholm Center for Freedom: Turkish activists demand end to impunity for crimes against women after brutal murders, 08.10.24; Deutsche Welle: Femizide: Eine neue Gewaltwelle erschüttert die Türkei, 15.10.24; Turkish Minute: Over 1.4 million women in Turkey have reported domestic violence since 2013, 10.09.24; Birgün: Şiddetin tablosu yüz kızartıyor [The picture of violence is disgraceful], 10.09.24; Voice of America: Turkey's ruling party uses misinformation to downplay scope of femicide, 17.10.24; Oksijen: Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu verileri: 14 yılda en fazla kadın cinayeti Ekim 2024'te işlendi [We Will Stop Femicide Platform data: In 14 years, the most femicides were committed in October 2024], 05.11.24.
- 31 Frankfurter Rundschau: Eklat wegen Daniel-Craig-Film in Türkei - Festival abgesagt, 08.11.24; Euronews: Festival cancelled in Turkey over ban of Luca Guadagnino's film 'Queer', 08.11.24; The Washington Post: 'Queer' movie ban in Turkey prompts film festival cancellation, 07.11.24; The Guardian: Turkish film festival scrapped over Daniel Craig gay drama censorship, 07.11.24; Turkish Minute: Organizers cancel İstanbul film festival over 'Queer' ban, 07.11.24.
- 32 Media and Law Studies Association: Sanatçı Cihan Çelik'e asırlık Koçgiri ezgisini okumaktan 'propaganda' davası [Artist Cihan Çelik charged with 'propaganda' for reading centuries-old Koçgiri melody], 14.11.24; Pirha: Sanatçı Cihan Çelik'e açılan davanın duruşması 18 Şubat'a ertelendi [Trial of the case against artist Cihan Çelik adjourned to February 18], 14.11.24; Stockholm Center for Freedom: Singer faces charges in Turkey over performance of Kurdish folk song, 15.11.24.
- 33 Committee to Protect Journalists: Turkish journalist Furkan Karabay arrested over reporting on opposition arrest, 11.11.24; T24: Tutuklanan gazeteci Furkan Karabay'ın ifadesi: Suçlamaların içi boştur, ben görevimi yapıyorum [Statement of arrested journalist Furkan Karabay: The accusations are hollow, I am doing my duty], 09.11.24; Turkish Minute: Turkey arrests journalist over social media post on prosecutors, 11.11.24; Bianet: Journalist Furkan Karabay detained in dawn raid after criticizing chief prosecutor, 08.11.24; Reuters: Turkey arrests journalist over social media post on prosecutors, 10.11.24; BBC News Türkçe: Gazeteci Furkan Karabay tutuklandı [Journalist Furkan Karabay arrested], 10.11.24; Committee to Protect Journalists: CPJ joins call for Turkey to release arrested journalist Furkan Karabay, 13.11.24; Balkan Insight: Media Organisations Demand Immediate Release of Jailed Turkish Journalist, 12.11.24; Bianet: Journalist Furkan Karabay arrested over reporting, social media posts about municipal takeovers, 11.11.24; Freedom House: Call for the Immediate Release of Journalist Furkan Karabay, 12.11.24; ANF News: Journalist Furkan Karabay sent to prison, 10.11.24; Media and Law Studies Association: Press freedom groups demand release of journalist Furkan Karabay following detention over news reports, 12.11.24.
- 34 Balkan Insight: Turkish Police Operation Detains 459 Alleged Gulen Supporters, 19.11.24; Stockholm Center for Freedom: Turkey detains 459 over alleged Gülen links in largest operation since cleric's death, 19.11.24.

-
- 35 Balkan Insight: Turkey Urged to Free Journalists Detained in Confidential 'Terrorism' Probe, 28.11.24; Bulgarian News Agency: Protest Held in Türkiye over Arrests of Journalists on Suspicion of Membership of Terrorist Organization, 28.11.24; N-TV: Festnahmewelle gegen PKK-Unterstützer in Türkei, 27.11.24; Tagesspiegel: Über 200 Festnahmen wegen Vorwurfs des „Terrorismus“ in der Türkei, 27.11.24.
- 36 ANF News: Istanbul Bar Association faces investigation over statement on journalists killed by Turkey, 22.12.24; Balkan Insight: Two Kurdish Journalists in Syria Killed in Alleged Turkish Drone Strike, 20.12.24; CBS News: Two journalists killed in northern Syria, 20.12.24; Duvar: Turkish authorities arrest 7 journalists protesting colleagues' murder in Syria, 23.12.24; Haberler: Scandalous statement from the Istanbul Bar Association regarding the PKK members killed in Syria, 22.12.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

xxxx-xxxx

Stand

12/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de